

GGG Journal

Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule

Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.



40 Jahre GGG – auf dem Weg ins 5. Jahrzehnt

In bisher drei Folgen berichteten wir über fast 40 Jahre GGG. Lothar Sack vervollständigt den Überblick mit Erläuterungen zur Strukturreform der GGG sowie den Überlegungen, die zur Grundsatzposition von Herford 2008 geführt haben

Seite 3 f

GGG-Bundesarbeitstagung in Berlin

Im „kongressfreien Jahr“ hat sich die Bundesarbeitstagung als pädagogisch-inhaltlich ausgerichtete Fortbildungsveranstaltung etabliert. 200 Teilnehmer/innen kamen an die Heinrich-von Stephan-Gemeinschaftsschule nach Berlin.

Seite 4 f

Serie Organisations- skizzen – ERS II Frankfurt

Im nunmehr zehnten Beitrag der Serie skizzieren Lothar Sack und Eva Hübner die Ernst-Reuter-Schule II in Frankfurt am Main, eine „Integrierte Gesamtschule mit Gemeinsamen Unterricht“, wie es auf dem Schullogo heißt.

Seite 6 ff

Nach der Grundschule wird es ungerecht

Wirklich erst danach? Mit dieser rhetorischen Frage eröffnet Maresi Lassek, die Vorsitzende des Grundschulverbandes, ihren Kommentar über die Fragwürdigkeit von Schulempfehlungen und ihre frühzeitigen Auswirkungen.

Seite 20

INHALT

GGG-intern

40 Jahre GGG – Letzter Teil	3
Mitgliederversammlung 2010	4
Impressionen von der Bundesarbeits- tagung „Selbst-ständig lernen“	5
Die Zukunft gehört den Neuen	13
Carl-Heinz Evers – Nachruf	18
Hartmut von Hentig zum 85. Geburtstag	19
Serie	
Organisationsskizze Ernst-Reuter-Schule II Frankfurt a. M.	6
Bildungs-Politik	
Zur Fragwürdigkeit der Schulform- empfehlungen der Grundschulen	10
Aus den Ländern	16
Termine	19
Kommentar	20

IMPRESSUM

**GGG-Journal – Heft 3/2010 vom
01. Dezember 2010
ISSN 1868-4963**

33. (41.) Jahrgang

Herausgeber: GGG – Gemeinnützige Ge-
sellschaft Gesamtschule – Verband für
Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

Redaktion: Ursula Helmke, Dr. Christa
Lohmann, Dr. Klaus Winkel, Wolfgang Vo-
gel (Koordination), Dr. Michael Hüttenber-
ger (presserechtlich verantwortlich)
Hauptstraße 8, 26427 Stedesdorf

Vertrieb: GGG-Bundesgeschäftsstelle,
Hauptstr. 8, 26427 Stedesdorf,
Telefon: 04971/94668-0
E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de
WEB: www.ggg-bund.de

Das GGG-Journal erscheint vierteljährlich.
Der Abonnementpreis beträgt jährlich
€ 17,- (einschließlich Versand). Der Ein-
zelpreis des Heftes von € 5,- ist für GGG-
Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Auflage: 4.000 Exemplare

Druck: Druckwerkstatt Kollektiv GmbH
Layoutentwurf: Christa Gramm
Umbruch/Herstellung: Waso Koullis
Korrektorat: Armin Steigenberger
Illustration: Ingrid Freihold

Die nächste Ausgabe erscheint am: 01.03.2011
Redaktionsschluss: 20.01.2011

... vorab bemerkt

Liebe Freundinnen und Freunde der GGG,

eine erfolgreiche Bundesarbeitstagung liegt hinter uns, sie vermittelte beindru-
ckend die Qualitäten und Perspektiven selbstständigen und gemeinsamen Ler-
nens, die Mitgliederversammlung fasste einstimmige Beschlüsse und sorgte sich um
die Altersstruktur unseres Verbandes, auf der Rückfahrt vom sonnigen Berlin in den
regnerischen Norden wurde Sebastian Vettel jüngster Formel-1-Weltmeister aller
Zeiten und im abendlichen Tatort wurde die Absurdität des deutschen dreigliedri-
gen Schulsystems spürbar.

Ein facetten- und ereignisreiches GGG-Jahr geht zu Ende, mit vielen Erfolgen und
großen menschlichen Verlusten. Zuletzt verstarb Carl-Heinz Evers, ein Mann, dessen
bildungspolitisches Wirken für die GGG von besonderer Bedeutung ist, nicht nur
weil er von 1972 bis 1974 unser Vorsitzender war. Joachim Lohmann würdigt ihn
umfassend in seinem Nachruf im letzten GGG-Journal dieses Jahres.

Susanne Thurn gratuliert Hartmut von Hentig zum 85. Geburtstag. Seine reforme-
rischen Leistungen verdienen Respekt und Anerkennung, seine Schriften sind von
beeindruckender pädagogisch-philosophischer Weitsicht. Seine Äußerungen zu
den Verfehlungen Gerold Beckers empfinde ich als unfassbar kurzichtig.

In der zehnten Organisationsskizze beschreiben Eva Hübner und Lothar Sack die
Ernst-Reuter-Schule II in Frankfurt, eine „Integrierte Gesamtschule mit Gemeinsa-
mem Unterricht“, wie es auf dem Schullogo heißt.

„Die Zukunft gehört den Neuen“, unter diesem Motto beschreiben Frank Hilbig und
Hans-Peter Kirsten-Schmidt ein GGG-Projekt zur Vorbereitung neuer Führungskräfte
auf die Rolle als Schulleiter/in.

Die Länderberichte runden die Berichterstattung ab und GGG-intern schließt der
amtierende Bundesvorsitzende den Rückblick auf 40 Jahre GGG-Geschichte mit
einem Ausblick ins fünfte GGG-Jahrzehnt. Gleichzeitig ehren und danken wir an
dieser Stelle unseren „40jährigen“-Mitgliedern für ihr Engagement.

Die (Neben)Thematik der fragwürdigen Übergangsempfehlung nach der Grund-
schule im o.g. Tatort ist (Haupt)Thema in diesem Heft. Angefangen mit der Titel-
illustration, fortgesetzt mit dem Beitrag von Rainer Dahlhaus, der auf akribisch erho-
benen Daten basiert, und abgerundet mit dem Gast-Kommentar von Maresi Lassek,
der Vorsitzenden des Grundschulverbandes, wird wieder einmal deutlich: Den Un-
sinn der frühen Selektion gilt es zu überwinden. Tagungen wie in Berlin bestärken die
Hoffnung, dass wir in der Lage sind, dazu eine Menge beizutragen, wenn es wahr-
scheinlich auch noch nicht gleich im nächsten Jahr gelingt. Für mich selbst kann ich
sagen: Ich arbeite unermüdlich daran, es noch in diesem Leben zu erleben.

Vom jüngsten Formel-1-Weltmeister können wir lernen, wie wichtig es ist, an sich
selbst zu glauben. Ich glaube, dass diejenigen, die pädagogische Visionen haben,
nicht, wie es in der Politik gilt, zum Arzt müssen, sondern dass ihnen ein erfülltes
Leben beschert ist.

In diesem Sinne, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich Ihnen ein friedliches
Weihnachtsfest und alles erdenklich Gute für 2011.

Ihr



Michael Hüttenberger

LOTHAR SACK

40 Jahre GGG – Der Übergang ins 5. Jahrzehnt

Umstrukturierungen

Joachim Lohmann und Ursula Helmke schrieben in bisher drei Folgen über fast 40 Jahre GGG. Es fehlen die Berichterstattung über die im Jahre 39 und 40 noch unter dem Vorsitz von Ingrid Wenzler eingeleitete Strukturreform der GGG sowie die Überlegungen, die zur Grundsatzposition von Herford 2008 geführt haben.

Verbandsstruktur

Der GGG erging es nicht anders als vielen Verbänden: Es war (und ist) schwer, neue und vor allem jüngere Mitglieder in ausreichender Zahl zu gewinnen: Im Laufe der Zeit sank die Mitgliederzahl der GGG unter 3000, zuletzt bis knapp über 2000. Es wurde immer schwieriger, Personen zu finden, die bereit waren, ehrenamtlich Aufgaben wahrzunehmen. Es kam (und kommt) also darauf an, die Qualität der Arbeit zu halten oder zu verbessern, die finanzielle Basis des Verbandes zu stärken und die Interessen potentieller Mitglieder durch wirksame Darstellung der Verbandsarbeit anzusprechen.

Vom Beispiel anderer Verbände angeregt, haben sich BV (Bundesvorstand) und HA (Hauptausschuss), seit 2005 auch die Mitgliederversammlungen, mit der Einsetzung eines hauptamtlichen Bundes-Geschäftsführers beschäftigt. 2007 wurde dies mit entsprechender Anpassung der Satzung ermöglicht. Es gab noch weitere Gründe für eine Neuordnung der Geschäftsstelle: Christel Schehr hatte langjährig die Geschäftsstelle in Aurich betreut und wollte 2008 in den Ruhestand gehen. Auch waren aufgrund eines Eigentümerwechsels neue Räume für die Geschäftsstelle nötig. Zum Glück war Michael Hüttenberger, seit 1999 ehrenamt-

licher Schatzmeister und Geschäftsführer, bereit, diese Funktion auch hauptamtlich zu übernehmen. Für neue Räume konnte eine gute Lösung im Hause Hüttenberger in Stedesdorf gefunden werden. Im Sommer 2008 nahm er vereinbarungsgemäß mit dem Umzug der Geschäftsstelle seine hauptamtliche Tätigkeit für die GGG auf. Die korporative Mitgliedschaft von Schulen und anderen Institutionen wurde forciert; hier ist noch etliches zu tun. Um mehr Menschen für die GGG zu gewinnen, muss sie mit hohem Wiedererkennungswert öffentlich auftreten sowie die Vorteile einer Mitgliedschaft herausstellen. Die GGG hat sich ein neues „Corporate Design“ einschließlich eines neu gestalteten Internetauftritts gegeben, das alle aktiven Landesverbände nutzen. Einheitlich gehandhabte Mitglieder-Rabatte bei Veranstaltungen machen die Vorteile der GGG-Zugehörigkeit auch monetär erfahrbar.

Grundsatzposition

2005 wurden in Brandenburg die Gesamtschulen ohne eigene Oberstufe unter Einbeziehung der Realschulen in Oberschulen umbenannt. In einigen anderen Bundesländern (BE, HB, HH, SL, SH) begann eine ähnliche Umgestaltung der Schulstruktur: Unter Einbeziehung der bestehenden Gesamtschulen wurden Haupt- und Realschulen in eine integrative Schule überführt, im Gegensatz zu Brandenburg jedoch in eine „vollständige“ Schule, die standardmäßig zu allen bestehenden Abschlüssen (einschl. dem Abitur) führt. In etwa fünf Jahren hat sich somit die Anzahl der bestehenden Schulen mit dem Namen *Gesamtschule* um etwa

250 (grob BE 50, BB 100, HB 20, HH 40, SL 15, SH 25) reduziert, das sind 35 % der vorher existierenden Gesamtschulen.

In den allermeisten Fällen unterscheiden sich diese z.T. neuen Schulen von bisherigen Gesamtschulen weder in ihrer Struktur noch in ihrer Pädagogik. Teilweise verstehen sie sich auch als Weiterentwicklung von Gesamtschulen (etwa die Gemeinschaftsschulen in Berlin, die die Jahrgänge 1 bis 10/13 umfassen und auf die äußere Differenzierung in Fachleistungskursen verzichten). Bisherige Gesamtschulen arbeiten weiter wie bisher.

Dem Verlust offizieller Gesamtschulen steht ein sehr viel größerer Zugewinn an integrativ arbeitenden Schulen gegenüber. Allein in Schleswig-Holstein gibt es mittlerweile über 100 Gemeinschaftsschulen und in Berlin ca. 110 Integrierte Sekundarschulen. In einer solchen Situation ist es sicher unklug, sich als Verband weiterhin ausschließlich auf den Namen *Gesamtschule* zu fokussieren, wenn man die angestrebte *gemeinsame Schule für alle* meint. Allerdings darf auch nicht der Eindruck des Abrückens von der Gesamtschule entstehen.

Bei der Durchsicht der GGG-Satzung fiel auf, dass die Ziele, für die sich die GGG einsetzt, dort nur durch den Namen *Gesamtschule*, nicht aber inhaltlich beschrieben waren. Ergebnis der nahezu 2-jährigen Debatte in HA und Mitgliederversammlungen war die 2008 einstimmig verabschiedete Grundsatzposition mit einem satzungsrelevanten Teil einschließlich der Änderung des Namenszusatzes: GGG – Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule – Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

2008/2009

Aus dem Arbeitskreis KMK, dessen Aufgabe durch die Lockerung der KMK-Vorschriften weitgehend erfüllt war, ging die Bundesarbeitsgemeinschaft Lernkultur (BAG LK) hervor. Der Name ist Programm: Es geht um die Weiterentwicklung und Verbreitung von Ideen und Erfahrungen der Pädagogik der Heterogenität. Die Bundesarbeitstagung

2008 *Klasseninterne Differenzierung – Wie geht das?* war ein erster Beitrag. Die Ergebnisse dieser Tagung wurden dokumentiert in Heft 59 der Blauen Reihe, dem ersten mit beigelegter Material-CD. Die nächste von der BAG LK gestaltete Bundesarbeitstagung 2010 *Selbst-ständig lernen* setzt diese Arbeit fort. Eine neue Tradition?

Mit reger Beteiligung, einem nachgefragten Hospitationsprogramm – und etlichen

neuen Mitgliedern – fand 2009 der Bundeskongress *Lernen – Tor zur Welt* in der Max-Brauer-Schule Hamburg statt.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Schulleiterqualifizierung (BAG SLQ) wurde gegründet. Sie richtet sich an Interessenten für Schulleitungsfunktionen und entwickelt ergänzende Fortbildungsmodulare für die speziellen Schulleitungs-Belange an integrativ arbeitenden Schulen.

Auf einem Spitzengespräch mit dem Vorstand der GEW 2009 wurde u. a. vereinbart, die seit 2004 unterbrochenen Gesamtschulgespräche wieder aufzunehmen. 2010 fand dieses „Himmelfahrtskommando“ in Oberursel statt. Für 2011 ist das nächste verabredet. Aber das gehört schon in das nächste Jahrzehnt der GGG-Geschichte, über das rückblickend dann zum 50-jährigen Bestehen 2019 zu berichten sein wird.



WIR GRATULIEREN UND DANKEN FÜR 40 JAHRE GGG-MITGLIEDSCHAFT:

Jürgen Theis (Gründungsmitglied)

Hans-Günther Rolff
(Gründungsmitglied)

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Eintritt am 18.04.1969)

Jürgen Richter (21.04.1969)

GEW-Landesverband Niedersachsen
(22.04.1969)

Georg Schulte-Fischedick
(22.04.1969)

GEW-Landesverband Hessen
(01.01.1970)

Stadt Mannheim (01.01.1970)

GEW-Hauptvorstand (01.01.1970)

Berthold Burmester (20.01.1970)

Erwin Vogt (23.01.1970)

Klaus Herold (26.01.1970)

Ulrich Nehm (30.01.1970)

Hannelise Hottenbacher
(22.02.1970)

Stadt Langenhagen (24.02.1970)

Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung Berlin (23.03.1970)

Stadt Krefeld (24.03.1970)

KGS Elmshorn (25.09.1970)

Rüdiger Semmerling (22.12.1970)

LOTHAR SACK

Mitgliederversammlung 2010

Nach dem Referat von Ernst Rösner (IfS TU Dortmund) „Zweigligdigkeit – und wie weiter?“ der gut besuchten Bundesarbeitstagung „Selbst-ständig-lernen“ tagte die Mitglieder-Versammlung (MV) in der Heinrich-von-Stephan-Gemeinschaftsschule in Berlin-Moabit von 16.00 bis kurz nach 18.00 Uhr.

Die MV, geleitet von Gerhard Lein (HH) und Roland Schiefelbein (NW), gedachte Carl-Heinz-Evers, Ursula Dörger, Dorothee Giani und Jürgen Riekmann, die im letzten Jahr verstarben und als GGG-Mitglieder von herausragender Bedeutung sind.

Nach Berichten sowie Aussprache über Vorstandstätigkeit und Kassenentwicklung erteilte die MV Entlastung, dem Antrag der Revisoren folgend. Dank gilt wieder Michael Hüttenberger für die zukunftsorientierte Finanzplanung und transparente Darstellung sonst häufig als trocken empfundener Zahlen. Aufgabe der nächsten Jahre muss die Mitglieder-gewinnung bei Schulen und insbesondere bei jüngeren Menschen sein, um die langfristige Arbeit der GGG zu sichern.

Die MV beschloss einstimmig den Hauptantrag, der Ergebnis der letztjährigen Hauptausschuss-Diskussion ist: „Einschätzung bildungspolitischer Entwicklungen“, die in den Ländern unübersichtlich, aber im Wesentlichen in Richtung der „Zweigligdigkeit“ verlaufen. Der Beschlusstext wird in Kürze unter www.ggg-bund.de zu lesen sein.

Weitere Ergebnisse: Der Einstieg in die GGG-Akademie wurde zurückgestellt. Reduzierte Mitgliedsbeiträge werden zeitlich limitiert. Die Elternarbeit soll stärker fokussiert und ein Schul-Hospitations-Angebot aufgebaut werden. ◆



Lothar Sack (BV), Roland Schiefelbein und Gerhard Lein (Versammlungsleitung)

Impressionen von der Bundesarbeits- tagung „Selbst-ständig lernen“

GGG-Fortbildungsveranstaltung am 12./13. November an der Heinrich-von-Stephan-Schule in Berlin

VON WOLFGANG VOGEL (FOTOS) UND MICHAEL HÜTTENBERGER



Heiter und gelassen: 200 Teilnehmer/innen melden sich an



Beeindruckend kompetent: Schüler/innen der Heinrich-von-Stephan-Schule bilden Lehrer/innen fort



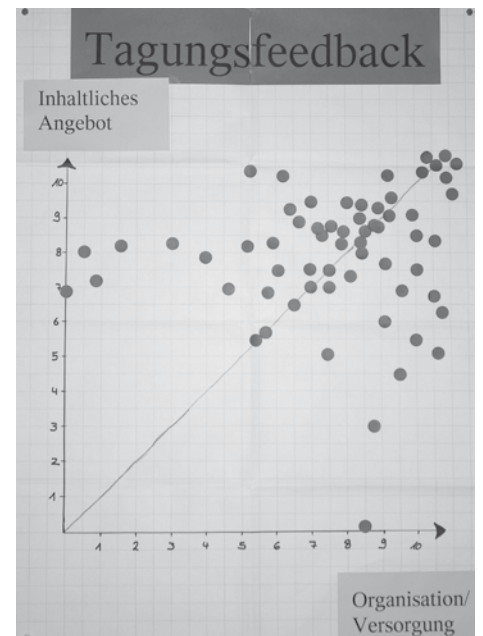
Herzlich und gastfreundlich: Das Serviceteam der Schule



**Herzlich und souverän:
Der Leiter der gastgebenden Schule Jens
Großpietsch**



**Locker und überzeugend:
Ernst Rösner referiert über die sich wan-
delnde Schulstruktur in Deutschland**



**Ausgesprochen positiv:
Die Rückmeldungen der Teilnehmer/in-
nen auf den Punkt gebracht**

SERIE

EVA HÜBNER UND LOTHAR SACK

Organisationsskizze

Ernst-Reuter-Schule II Frankfurt a.M.

Beschreibung der Schule

Adresse: Ernst-Reuter-Schule II, Hamarskjöldring 17a, 60439 Frankfurt am Main, Telefon: 069/21235532, Fax: 069/21232083, E-Mail: ersii@ersii.de, WEB: www.ersii.de

Schulleitung: Knut Dörfel

Ansprechpartnerin: Ingrid Burow-Hilbig (stellvertretende Schulleitung)

Art: Staatliche Schule, integrierte Gesamtschule (Jahrgänge 5–10)

Lage, Gelände, Gebäude: Das Schulgelände (20.000 m²) liegt in der Nordweststadt Frankfurts in der Nähe des Nordwestzentrums. Die Schule wurde 1963 bis 1967 als Schulzentrum gebaut. Die Gebäude für Klassen- und Fachräume sind jeweils für sich gegliedert, aber zusammenhängend gebaut. Die Jahrgänge 5/6, 7/8, 9/10 und die Ernst-Reuter-Schule I (ERS I, gymnasiale Oberstufe) sind separate Gebäudeflügel mit jeweils zugeordneter Freifläche, ergänzt durch 5 Sporthallen, Sportplatz, eine Schwimmhalle (stillgelegt), Schulrestaurant und Bibliothek. Fachräume und Sportanlagen werden von beiden Ernst-Reuter-Schulen genutzt.

Größe, Aufbau: Schüler/innen ca. 1150 (192 pro Jahrgang, 8-zügig, insgesamt 96 Integrationskinder), Lehrer/innen ca. 110, Sozialarbeiter/innen 7, Integrationsassistent/en/innen 20, Sekretärinnen 3, Schulhausverwalter/innen 4. (Die ERS I hat ca. 400 Schüler und über 40 Lehrer.)

Geschichte: Für das Neubaugebiet der Nordweststadt wurde zu Beginn der 60er Jahre ein Schulzentrum geplant. 1963 begann der Schulbetrieb. 1968 erhielt die Schule

den Namen Ernst-Reuter-Schule (ERS); sie beschloss, eine integrierte Sekundarstufe I einschließlich einer Förderstufe einzurichten und wurde damit zur Vorläuferschule vieler Gesamtschulen. Bis zum Jahr 1972 wuchs die Schülerzahl auf ca. 3000 bei 150 Lehrkräften. Die Schule wurde geteilt (ERS I und ERS II). Nach erheblichen politischen Auseinandersetzungen über die Arbeit der Ernst-Reuter-Schulen wurde entschieden, die ERS I auf die gymnasiale Oberstufe zu beschränken. 1987 bis 1996 kehrten Schüler/innen und Lehrer/innen der ERS II sukzessive auf das alte Gelände zurück. Nach zeitweiliger 6-Zügigkeit ist die ERS II seit 1999 8-zügig. Die vom Kultusministerium 1972 zugestandene eigene Schulverfassung wurde Zug um Zug zurückgefahren; diese „Normalisierung“ der ehemaligen Modellschule fand 2004 mit der Abschaffung der kollegialen Schulleitung an der ERS II ihren vorläufigen Abschluss. Die ERS II nimmt als erste Hessische Gesamtschule seit 1989 behinderte Kinder auf. Ein Konzept für den „Gemeinsamen Unterricht“ wurde 1995 beschlossen.

Schülerschaft: Die Schüler/innen kommen zum größten Teil aus dem lokalen Umfeld, die Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf aus größeren Teilen des Stadtgebiets. Die Schülerschaft spiegelt etwa das soziale Spektrum der Bevölkerung wieder.

Leitideen

„Die ERS II ist eine Schule für alle, unabhängig vom kognitiven Leistungsvermögen, von sozialer Herkunft, vom Geschlecht, von Sprachkompetenz, von Religionszugehörigkeit, von Behinderung, von Hautfarbe oder Herkunft. Voraussetzung für die Lösung dieser Aufgabe ist die Sicherstellung von

Gesundheit, Ehre und Würde aller an der ERS II miteinander lebenden und arbeitenden Menschen. Wir begegnen uns mit Achtung und anerkennen die Würde des/-r Anderen, als SuS (*Schülerinnen und Schüler*), LehrerInnen, Angestellte, Eltern und BesucherInnen. Fairness, Höflichkeit und Aufrichtigkeit sind die Basis unserer Arbeit. Aus dieser Aufgabe erwachsen Rechte und Pflichten für alle, die in den folgenden Regeln zusammengefasst sind: Jedes Mitglied der Schulgemeinde hat ein Recht auf

- ... würdevollen Umgang.
- ... Nutzung der vollen Unterrichtszeit
- ... einen Aufenthalt in sauberen Gebäuden, Räumen und Anlagen. Alle sind für Ordnung und Sauberkeit verantwortlich
- ... persönliche Sicherheit
- ... störungsfreien Unterricht
- ... saubere Atemluft. Auf dem Schulgelände wird nicht geraucht

Alle Mitglieder der ERS II verpflichten sich, diese Regeln einzuhalten und andere zur Einhaltung anzuleiten. Verstöße gegen die Rechte anderer oder Sachbeschädigungen werden zunächst durch Gespräche mit allen Beteiligten besprochen. Wer Schäden in sachlicher, körperlicher oder seelischer Form verursacht, wird zur Wiedergutmachung und/oder zum Schadensersatz herangezogen. In Wiederholungsfällen bzw. bei Bedarf kann der Fachbereich Beratung tätig werden. Bei schweren Verstößen sind entsprechende Ordnungsmaßnahmen zu ergreifen.“ (aus dem Schulprogramm)

Bausteine

Alle Abschlüsse: Es sind alle Abschlüsse möglich, die mit Klasse 9 bzw. 10 erreicht werden können: der Hauptschulabschluss, der Qualifizierende Hauptschulabschluss, der Realschulabschluss und die Versetzung in die gymnasiale Oberstufe. Das Abitur kann an der ERS I abgelegt werden.

Kleinere, möglichst selbstständige Einheiten: Die Schule ist gegliedert in Doppeljahrgänge (5/6, 7/8, 9/10, je etwa 385 Schüler/innen). Der eigene Gebäudetrakt umfasst

auch Lehrerzimmer, Abteilungsleitung, Beratungs- und Besprechungsräume, einen eigenen Schulhof, eigene Pausenhalle und eine von der Schulsozialarbeit betreute Küche.

Teamstruktur, Klassenlehrer/innen: Jeder Klasse ist mit möglichst vielen Stunden der/die Klassenlehrer/in zugeordnet. Die Klassenlehrer/innen eines Jahrgangs zusammen mit den zugeordneten Sonderpädagogen bilden das Jahrgangsteam mit wöchentlichen Teamkonferenzen. Die Lehrer/innen haben einen deutlichen Arbeitsschwerpunkt in ihrem Jahrgang. Das Pädagogen team begleitet seine Schüler/innen vom 5. Schuljahr bis zur Schulentlassung. Beim Start in Jahrgang 5 hält das Team eine Klausurtagung ab.

Integration: Die Hälfte der Klassen sind „Klassen mit Gemeinsamem Unterricht“ (Integrationsklassen). In jeder GU-Klasse werden bei insgesamt 22 Schüler/innen 4 Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf aufgenommen. In jeder GU-Klasse ist eine Lehrkraft mit sonderpädagogischer Ausbildung. In den Jahrgängen 5 bis 7 stehen 3 Sozialpädagog/innen (angestellt bei der AWO) für Unterrichtsbegleitung am Vormittag und Betreuungsangebote am Nachmittag zur Verfügung. Außerdem betreuen Integrationsassistent/innen (Träger CeBeef und Praunheimer Werkstätten (PW)) Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf und bieten u. a. Hilfestellung im Unterricht, in den Pausen und ggf. beim Schulweg an. Therapieangebote für Schüler/innen mit Behinderungen werden über den Verein Arbeits- und Erziehungshilfe (vae) schulintern gewährleistet.

Partnerklassen: Je eine GU-Klasse und eine Regelklasse (26 Schüler/innen) bilden einen Partnerklassenverband, der organisatorisch und pädagogisch verzahnt ist. Jede Klasse hat einen eigenen Klassenraum. Dazu steht jedem Partnerklassenverband ein Nebenraum zur Verfügung.

Kein Sitzenbleiben: Entsprechend den Hessischen Rechtsvorschriften gibt es kein Sitzenbleiben.

Ganztag: Seit August 2010 nimmt die ERS II als Einstieg in den offiziellen Ganztagsbetrieb an dem Programm „Pädagogische Mittagsbetreuung“ teil. Das Schulrestaurant „Poggibonsi“ bietet allen Schüler/innen der Ernst-Reuter-Schulen von 9 Uhr bis 15 Uhr u. a. ein Mittagsmenü an. Das Restaurant wird vom Verein Arbeits- und Erziehungshilfe (vae) unterhalten. Hier werden junge Frauen ohne Schulabschluss oder mit Behinderung im Bereich Hauswirtschaft/Küche qualifiziert.



Im Jahrgangsbereich 9/10 gibt es den Schulkosk als weiteres Verpflegungsangebot. Der Integrative Jugendtreff ist ein nachmittägliches Betreuungsangebot (Kooperationspartner: Landesarbeitsgemeinschaft „Gemeinsam leben – gemeinsam lernen“).

Klassenrat: Im wöchentlichen Klassenrat besprechen die Schüler/innen gemeinsam mit der Klassenleitung aktuelle Themen, Fragen, Probleme oder planen und organisieren Veranstaltungen. Die Leitung und Mitschrift erfolgt durch die Schüler/innen.

Individuelle Lernwege: Elemente des individuellen Lernens sind u. a. Wochenplan, Lernzeit, Projektarbeit, Kursunterricht, Hochbegabtenförderung, LRS- und Dyskalkulieförderung, Arbeitsgemeinschaften und Beratungsangebote.

Wochenplan, Lernzeit: In den Jahrgängen 5/6 sind 8 bzw. 6 Stunden als Lernzeit für Wochenplanarbeit reserviert. Die Schüler/innen erledigen verbindliche und selbst gewählte Aufgaben aus den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik. Arbeitsmaterialien sind auf den individuellen Leistungsstand der Schüler/innen abgestimmt. In den nachfolgenden Jahrgängen ist das selbstständige Lernen in den Fachunterricht integriert.

Differenzierung: Im Doppeljahrgang 5/6 findet der Unterricht (mit Ausnahme von Religion/Ethik und gewählten Zusatzangeboten) ohne äußere Leistungsdifferenzierung statt. Ab Jahrgang 7 wird die sonst übliche äußere Leistungsdifferenzierung zunehmend durch innere Differenzierungsformen ersetzt: Derzeit findet äußere Leistungsdifferenzierung auf zwei Anspruchsniveaus (E- und G-Kurse) statt, ab Jahrgang 8 in Mathematik, ab Jahrgang 9 in Physik, Chemie und der 2. Fremdsprache. Die Kurse werden innerhalb des Partnerklassenverbandes gebildet.

Hochbegabtenförderung: Seit Beginn des Schuljahres 2006/2007 ist die ERS II Gütesiegelschule für Hochbegabtenförderung des HKMs, was u. a. beinhaltet: IQ-Testung, individuelle Aufgabenstellungen und Projekte, Teilnahme am Unterricht höherer Klassen sowie das Überspringen einer Klasse. Jährlich findet der Wettbewerb *Projekt²* statt, an dem 4 Gesamtschulen teilnehmen.

LRS- und Dyskalkulieförderung: Nach Feststellung der Lernausgangslage übernehmen Lehrer/innen und externe Kräfte die diagnostische Förderung im Rahmen eines Förderplans, der inner- und außerschulische Inhalte umfasst.

Deutschintensivklasse: Es werden Schüler/innen mit zu geringen Deutschkenntnissen gefördert; sie sollen spätestens nach zwei Jahren am Regelunterricht teilnehmen können. Der Unterricht erfolgt in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch, Gesellschaftslehre, Physik, Kunst und Sport. Nach dem Übergang in die Regelklasse erhalten diese Schüler/innen wöchentlich 4 Stunden Unterricht zur individuellen Förderung der deutschen Sprache.

Projekte: Themenorientierte, fachübergreifende Projekte werden auf der Ebene der Partnerklassen oder des Jahrgangs beschlossen und durchgeführt. In der Regel finden sie in jedem Jahr statt und dauern eine Woche. Die Arbeitsergebnisse werden der Schulgemeinde präsentiert.

Musisch-ästhetische Kurse: In den Jahrgängen 5 und 6 wählt jedes Kind in Absprache mit seinen Eltern einen zweistündigen künstlerischen Schwerpunkt. Angebote sind: Theater, Bildende Kunst oder einer der musikalischen Schwerpunkte Chor / Keyboard, Saiteninstrumente oder Bläserensemble.

Wahlpflichtbereich: Der Wahlpflichtbereich bietet als 2. Fremdsprache ab dem Jahrgang 7 Französisch, Spanisch und Italienisch, ab Klasse 9 Latein, Spanisch und Französisch. Die Sprachenfolge ist mit dem Sprachangebot der ERS1 abgestimmt. Alternativ zur 2. Fremdsprache können Kurse gewählt werden, die den 5 Themen-Schwerpunkten zugeordnet sind: Schule gestalten (z. B. Schulgarten, Web-Seite), Schule in Bewegung (z. B. Tanz), Werkstätten/Labore, Soziales Lernen (z. B. Streitschlichterausbildung), Zukunft gestalten (z. B. Berufsvorbereitung).

Fachliche Schwerpunkte: In den naturwissenschaftlichen Fächern steht praktisches Experimentieren der Schüler/innen im Vordergrund. Insbesondere das Fach Biologie arbeitet häufig in Projekten: Präparationen von Tierorganen, Mikroskopieren, Forschungsarbeiten mit Kohl- und Blaumeisen (Meisenprojekt), Bienen und Wildbienen, Ameisen und Fischen (Projekt Aquaristik), die Arbeit am Schulteich oder im Schulgarten.

Alle Schüler/innen werden in Jahrgang 7/8 in Textverarbeitung, Datenverarbeitung, Tabellenkalkulation sowie Powerpoint eingeführt. Darauf baut in den Folgejahren der Wahlpflichtkurs Informatik auf. Es gibt 3 PC-Räume mit je 20 Arbeitsplätzen und 2 Medienräume. Jeder Partnerklassenverband verfügt über 6 PCs mit Drucker und Internetzugang. Außerdem sind in sämtlichen naturwissenschaftlichen Räu-

men Beamer und Laptops fest installiert. Ab Jahrgang 5 können die Schüler/innen im Fach Arbeitslehre „schnuppern“. Die Werkstatt-Arbeit ist im Jahrgang 7/8 Bestandteil des für alle verbindlichen Arbeitslehreunterrichts und findet im Jahrgang 9/10 in Wahlpflichtkursen statt. Das Polytechnikum verfügt über Textil-, Papier-, Metall- und Holzwerkstätten und eine Lehrküche. Alle Jahrgänge nutzen auch die Fachräume für Projekte.

Berufsvorbereitung: Im 8. Schuljahr absolvieren alle Schüler/innen ein 3-wöchiges Betriebspraktikum (in Jahrgang 9 freiwillig). Ein/e Berufsberater/in der Agentur für Arbeit besucht alle 9. Klassen. Für Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf gibt es Einzelberatungen. Die Schüler/innen können sich bei einer schulinternen Berufsbörse informieren: Vertreter/innen aus unterschiedlichen Berufsfeldern, Unternehmen und Behörden geben Auskunft über Ausbildungsmöglichkeiten. Die Berufsorientierung (BO, als Kooperationsprojekt mit der Viktor-Frankel- und der Mosaikschule) begleitet junge Menschen mit Förderbedarf beim Übergang von der Schule in den Beruf; sie kann nach dem 10. Schulbesuchsjahr bis zu 3 Jahren besucht werden.

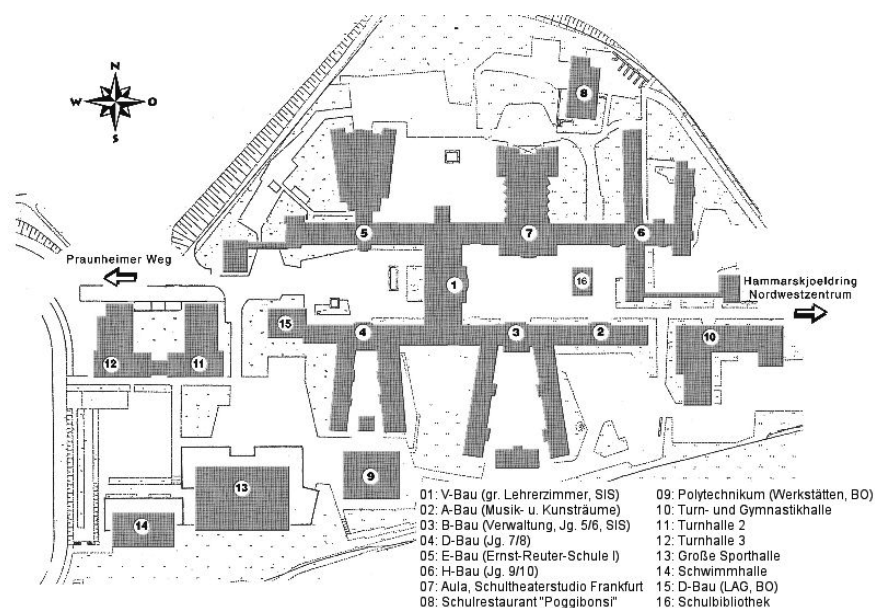
Schulbibliothek: Die Schulbücherei besteht seit 2001 und verfügt über 3000 Medien sowie Computerarbeitsplätze mit Lernsoft-

ware. Eltern betreuen sie ehrenamtlich. Neben der Bücherausleihe finden Aktivitäten zur Leseförderung statt: u. a. Bücherei-Rallye (Jahrgang 5), Projekt „Leseinsel“ (Jahrgang 6), Vorlese-AG, Vorlesewettbewerbe, Bücherkisten zu speziellen Themen. Öffnungszeiten Montag bis Donnerstag von 7:30–15:00 Uhr und Freitag von 7:30–12:30 Uhr.

Arbeitsgemeinschaften: Es gibt ein Angebot von etwa 20 Arbeitsgemeinschaften, zum Teil im Rahmen der pädagogischen Mittagsbetreuung: u. a. 10-Finger-Schreibkurs, Zeitungs-Club, mit Kunst experimentieren, Volleyball, Konzertband, Chor, Schulorchester, Konzertband, English Club, Streitschlichter, Varieté, Eine-Welt-Laden, Kunst, Spielen macht Schule, Schulsanitätsdienst, Sportstacking, Fußball (Mädchen und Jungen), Tischtennis.

Schulsanitätsdienst: Speziell ausgebildete Schüler/innen sind in Notfallsituationen über Funk sofort erreichbar. Ein eigener Erster-Hilfe-Raum steht zur Verfügung.

Mediation: In den Jahrgängen 5/6 behandeln Projekttag das Thema Konfliktbearbeitung. Außerdem können sich die Schüler/innen zu Mediator/innen ausbilden lassen und bei Konfliktgesprächen, neben dem Mediationsteam (bestehend aus Lehrer/innen und Sozialpädagogen/innen), vermitteln.



Lageplan der Ernst-Reuter-Schulen

Lernen durch Engagement: Schüler/innen führen freiwillig in Zusammenarbeit mit einem außerschulischen Partner ein soziales Projekt durch. Diese Projekte finden statt im Rahmen des Netzwerkes: www.Lernen-durch-Engagement.de und werden durch die Freudenbergstiftung unterstützt.

Eine-Welt-Laden: Seit Jahren gibt es einen von Schüler/innen geführten kleinen Laden im Jahrgangsbereich 9/10. Im Rahmen einer AG werden fair gehandelte Produkte aus Afrika, Lateinamerika und Asien angeboten. Mit dem Erlös werden ein Straßenschulprojekt in El Salvador und die Kinderhilfsorganisation PREDA (um „Knastkinder“ auf den Philippinen freizukaufen) unterstützt. Der Laden wird im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft und eines Wahlpflichtkurses betrieben. Die Schüler/innen beschäftigen sich mit Verkauf von fair gehandelten Produkten, Ladengestaltung, Werbung, Warenkunde, Abrechnung, aber auch „fairen“ Produktionsweisen und Handelswegen sowie Auswirkungen der Globalisierung.

Schülerfahrten: Einmal im Schuljahr findet eine Wanderwoche für alle Jahrgänge statt, im Jahrgang 7 in der Regel ein Schulsikurs in Österreich, der durch einen Sponsorenlauf mitfinanziert wird. Es gibt Austauschprogramme mit Highschools in den USA sowie mit Schulen in Frankreich. Außerdem organisiert die *Sozialarbeit in der Schule* regelmäßig eine Frankreichfahrt.

Lauffest: Am Sponsorenlauf, der alle zwei Jahre stattfindet, nehmen alle Schüler/innen der ERS II sowie interessierte Mitglieder der Schulgemeinde (z. B. Eltern) teil. Alle Läufer/innen suchen sich im Vorfeld Sponsoren, die für jede gelaufene Runde einen frei wählbaren Geldbetrag an die Schule spenden. Die eingenommenen Gelder werden u. a. zur Finanzierung des Schulsikurses verwendet.

Beratung: Die Beratung steht allen Mitgliedern der Schulgemeinschaft (Schüler/innen, Eltern, Lehrer/innen) zur Verfügung, die wegen privater oder schulischer Probleme Hilfe benötigen. Schwerpunkte sind: Diagnostik bei Lernstörungen, Erziehungsberatung und Krisenintervention. Die hier tätigen thera-

peutisch oder beraterisch ausgebildeten Lehrer/innen unterliegen der Schweigepflicht.

Tag der offenen Tür: Dieses Informationsangebot für interessierte Grundschüler und ihre Eltern findet jährlich statt; u. a. stellt sich der Jahrgang 5 mit seinen Aktivitäten und aktuellen Arbeitsergebnissen vor.

Informationsgespräche: Sie werden mit allen interessierten Eltern und Kindern der 4. Grundschulklassen geführt, welche an die ERS II wechseln möchten.

Sozialarbeit in der Schule (SiS): Vier Sozialarbeiter/innen (Träger: AWO) arbeiten in zwei Stationen (für Jahrgänge 5/6 und 7 – 10). Die Sozialarbeit gestaltet Freizeitangebote (u. a. die Frankreichfahrt) und bietet Hilfestellung bei Problemen und Unterstützung beim Berufsfindungsprozess.

Öffnung, Vernetzung der Schule: Die Schule unterhält Kontakte zu Projekten in folgenden Ländern: USA, Frankreich, Österreich, El Salvador (Straßenschulprojekt), Philippinen (Kinderhilfsorganisation PREDA). Regional arbeitet die Schule mit u. a. mit folgenden Organisationen und Einrichtungen zusammen: Grundschulen der Nordweststadt, ERS I, Markt der Möglichkeiten, Lernen durch Engagement/service learning (Freudenbergstiftung), Verein Arbeits- und Erziehungshilfe (vae), Arbeiter-Wohlfahrt (AWO), Club Behinderter und ihrer Freunde (CeBeeF), Praunheimer Werkstätten (PW), Berufsorientierung der Viktor-Frankel-Schule, Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Hochbegabtenzentrum der Stadt Frankfurt, provadis, Caritas, OloV, Prävention im Team (PiT-Hessen), Psychosozialer Arbeitskreis der Nordweststadt (PSAK). Außerdem beteiligt sich die Schule an einigen regionalen und landesweiten pädagogischen Arbeitskreisen: AK IGSn Frankfurt, AK-Übergang 4/5; AK-Stufenleitungen 5/6 und 9/10; AK-Pädagogische Leitungen; GGG-AK: *Neu an der Gesamtschule*.

Kommentar

Die Ernst-Reuter-Schule II ist eine etablierte Gesamtschule, die speziell in ihren

ersten Jahren in Pädagogik und Schulfassung viele tradierte Prinzipien und Verfahren in Frage gestellt hat. Sie war Modell für viele andere Gesamtschulgründungen nicht nur in Hessen, insbesondere auch im Bereich des Gemeinsamen Unterrichts. Der selbstbewusste Gestaltungswille in Pädagogik und Organisation trägt bis heute. Die Schule nutzt ihre Größe, indem sie den Schüler/innen vielfältige Aktivitäten anbietet. Sie hat sich einen guten Ruf erarbeitet, was regelmäßig zu weit mehr Anmeldungen als Schulplätzen nach der Grundschulzeit führt, und schafft regelmäßig eine überproportionale Übergangsquote in die gymnasiale Oberstufe bei einer unterdurchschnittlichen Zahl von Schulabbrechern. Ihre Arbeit ist auch durch diverse Ehrungen anerkannt worden: u. a. Gütesiegelschule für Hochbegabtenförderung des HKMs, digita 2009 für Edunite, Fair-Trade-Schule, Umweltpreis (Meisenprojekt).

Der Schule ist es gelungen, mit sehr vielen auch nichtstaatlichen Trägern ein enges Netz von Beratungs- und Betreuungs-Aktivitäten zu schaffen, die die Unterrichtsarbeit nicht nur ergänzen, sondern mit ihr verwoben sind und in vielen Fällen ermöglichen, präventiv tätig werden zu können.

Quellen

Eva Hübner ist Kollegiumsmitglied der ERS II. Ausführlicher informiert die Website www.ersii.de.

Schulprogramm der ERS II 2010

Schulentwicklungsbericht der ERS II 2010
Bewerbungsunterlagen für den Jakob-Muth-Preis 2010

http://download.bildung.hessen.de/unterricht/lernarchiv/dia_foe/ifp/ilp2_broschuere.pdf

<http://www.kompetenztest.de/download/kt05/lernplan.pdf>

Eva Hübner: „Fördern Gesamtschulen Hochbegabte umfassender als Gymnasien?“, in: Schulverwaltung, Hessen, Rheinland-Pfalz, 10/2009, S. 272 – 274

Stand: November 2010 ♦

BILDUNGS-POLITIK

RAINER DAHLHAUS

Zur Fragwürdigkeit der Schulformempfehlungen der Grundschulen

Ungeeignetes Steuerungsinstrument für Schülerlaufbahnen und Schulentwicklungsplanung

Wie in anderen Bundesländern sprechen auch die Grundschulen in Nordrhein-Westfalen in der vierten Klasse für ihre Schüler/innen und deren Eltern eine Schulformempfehlung für den Übergang in die Sekundarstufe I aus. Neben der integrierten Gesamtschule, die immer aufgeführt ist, wird dabei eine der Schulformen des gegliederten Schulsystems (in NRW: Hauptschule, Realschule, Gymnasium) genannt. Für Realschulen und Gymnasien kann es darüber hinaus auch eine „eingeschränkte“ Empfehlung geben.

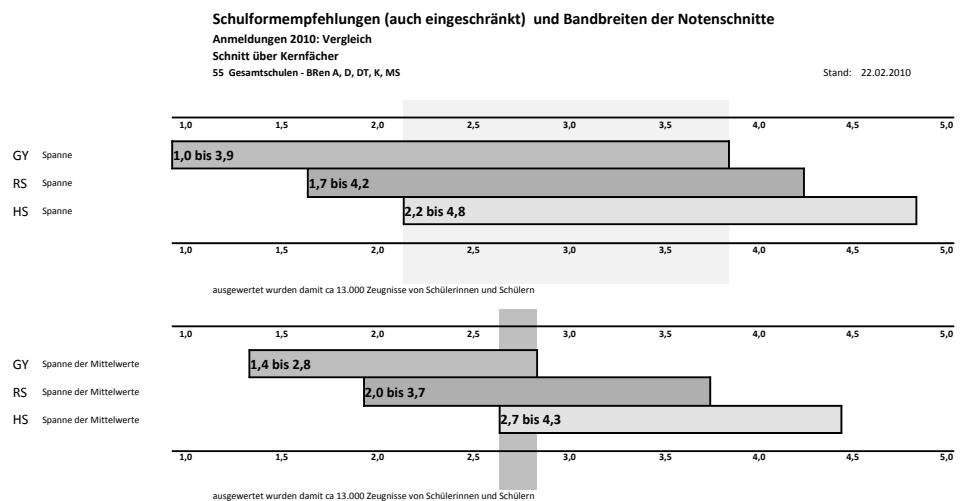
2006 hat die damalige CDU/FDP-Landesregierung die Verbindlichkeit dieser Schulformempfehlungen drastisch erhöht. Vorgeblich, um das Kindeswohl zu schützen, tatsächlich aber wohl auch, um das überkommene gegliederte Schulsystem und insbesondere die bei Eltern zunehmend nicht mehr nachgefragte Hauptschule zu stabilisieren, müssen die Eltern seitdem in der Regel diesen Empfehlungen folgen. Sofern die Eltern mit der Empfehlung nicht einverstanden sind, müssen sie ihr Kind einem dreitägigen Probeunterricht unterwerfen, an dessen Ende die Grundschulempfehlung entweder bestätigt oder der abweichende Wunsch der Eltern akzeptiert wird. Von diesem Instrument des Probeunterrichts wird von den Eltern nur sehr zurückhaltend Gebrauch gemacht.

Dabei war der prognostische Wert der Schulformempfehlungen, die eine Schullaufbahnentscheidung für Kinder im Alter von 10 Jahren determinieren, nie unumstritten, wie die Literaturverweise im Anhang exemplarisch verdeutlichen.

Die Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen in NRW (SLV-GE-NRW) hat 2009 denn auch nachweisen können, dass ca. 70 % der Abiturient/innen der etwa 220 Gesamtschulen in NRW seinerzeit in Klasse 4 keine Gymnasialempfehlung hatten und also einen besseren als den prognostizierten Schulabschluss erreichen konnten (vergl. GGG-Journal 4/2009).

Um die Hypothese vom geringen prognostischen Wert der Schulformempfehlungen weiter zu erhärten, hat die SLV-GE-NRW das Anmeldeverfahren 2010 genutzt, um aktuelle Daten für einen Vergleich der ausgesprochenen Grundschulempfehlungen und der mit diesen Empfehlungen verbundenen Leistungsnoten zu erheben. Die Gesamtschule ist in NRW die einzige Schulform, der in analytisch verwertbarem Umfang Zeugnisse mit allen in NRW möglichen Schulformempfehlungen vorgelegt werden.

Von den ca. 220 Gesamtschulen konnten 74 Schulen zum Stichtag Daten zur Verfügung stellen. Im Interesse eines nachvollziehbaren Vergleichs wird im Folgenden auf die Daten derjenigen Schulen Bezug genommen, die die Noten der Kernfächer, i. d. R. Deutsch, Mathematik, Sachkunde, berücksichtigen und daraus einen Mittelwert bilden. Hinsichtlich dieser Mittelwerte (Notenschnitte) ergab sich folgendes Bild:



(Grafik 1)

waagrecht: Notendurchschnitte; senkrecht: Schulformempfehlungen

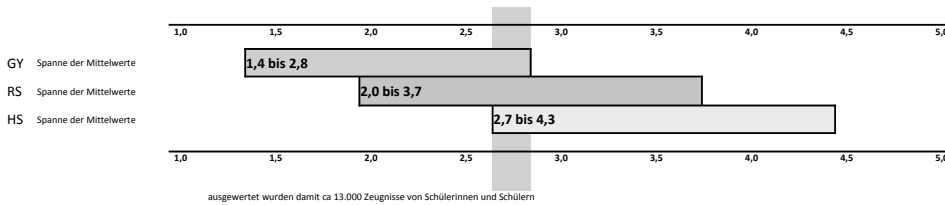
Daten aus allen Regierungsbezirken: Arnsberg, Düsseldorf, Detmold, Köln, Münster

Schüler/innen mit Gymnasialempfehlung oder eingeschränkter Gymnasialempfehlung legen demnach Zeugnisse vor, deren Kernfachschnitte innerhalb einer Spanne zwischen 1,0 und 3,9 liegen; die Schnitte der Zeugnisse von Schüler/innen mit Realschulempfehlung oder eingeschränkter Realschulempfehlung verteilen sich auf die

Spanne zwischen 1,7 und 4,2, eine harte Hauptschulempfehlung erhalten Schüler/innen mit Schnitten zwischen 2,2 und 4,8. Bildet man die Mittelwerte der Ober- bzw. Untergrenzen dieser Spannen, um die Bedeutung statistischer Ausreißer zu relativieren, so ergeben sich geringere Spreizungen, wie Grafik 2 zeigt:

Schulformempfehlungen (auch eingeschränkt) und Bandbreiten der Notenschnitte
Anmeldungen 2010: Vergleich
Schnitt über Kernfächer
55 Gesamtschulen - BRen A, D, DT, K, MS

Stand: 20.02.2010



(Grafik 2)

waagerecht: Notendurchschnitte; senkrecht: Schulformempfehlungen

Daten aus allen Regierungsbezirken: Arnsberg, Düsseldorf, Detmold, Köln, Münster

Wie sehr die Spannen zu den drei Bereichen auch bei den einzelnen Gesamtschulen variieren, lässt sich an den Übersichten im Anhang (Anhänge 1 bis 3) erkennen.

Schulformempfehlungen und Notenschnitt: was fällt auf?

Aus unserer Sicht sind bei den erhobenen Daten zwei Aspekte besonders bemerkenswert:

Die Spannen der Durchschnittsnoten zu den Empfehlungen sind bemerkenswert breit. So ist es im Lande offenbar möglich, mit einem Schnitt von 4,2 eine zumindest eingeschränkte Realschulempfehlung zu erhalten. Ein solcher Notenschnitt entsteht nur dann, wenn das Zeugnis in den Kernfächern eine Note „mangelhaft“ enthält. Aber es kann einem Kind mit dem Schnitt 2,7 auch passieren, dass es eine harte Hauptschulempfehlung erhält. Die Noten allein geben offenbar nicht den Ausschlag; die wissenschaftliche Diskussion zum Thema lässt erkennen, was noch eine Rolle spielen kann: der Sozialstatus und der damit verbundene Habitus der Familie, das Geschlecht, der Migrationsstatus, ... (vergl. u. a. WZB 2009).

Die Spannen, selbst die Spannen der gemittelten Notenschnitte, zeigen bemerkenswerte Überschneidungsbereiche. So gibt es in NRW offenbar Schüler/innen, die mit einem Kernfachschnitt von 2,7 oder 2,8 die Berechtigung zum Besuch des Gymnasiums zugesprochen bekommen. Und es

gibt Schüler/innen, die mit dem gleichen Schnitt aus Sicht der Grundschule anschließend für den Besuch einer Hauptschule geeignet sind.

Die Überschneidungsbereiche zwischen Gymnasial- und Realschulbesuchsberechtigung bzw. zwischen Realschul- und anschließlicher Hauptschulbesuchsberechtigung sind noch breiter: sie umfassen bis zu eine Note im Schnitt der Kernfächer.

Kritik am Wert der Gutachten für die individuelle Schullaufbahn

Im Kontext der bundesweiten schulpädagogischen Diskussion bestätigen die von der SLV-GE-NRW erhobenen Daten einmal mehr die Kritik am Wert der Prognosen der Grundschulen bezüglich der Schullaufbahnen und des Schulerfolgs ihrer Schüler/innen eindrucksvoller Weise. Damit sind aus unserer Sicht die Grundschulempfehlungen ein untaugliches Instrument für die Steuerung der Bildungswege der einzelnen Kinder.

Landeselternrat der Gesamtschulen (LER), GGG und SLV-GE NRW sind mit dieser Einschätzung des geringen Prognosewertes der Schulformempfehlungen in den vierten Klassen der Grundschulen nicht allein: Nicht zuletzt auch der Grundschulverband NRW teilt diese Auffassung (s. Grundschulverband NRW 2010).

Kritik am Wert der Gutachten für die Schulentwicklungsplanung

Aus Sicht von GGG, LER und SLV-GE-NRW sind die Grundschulempfehlungen wegen ihrer geringen Prognosequalität damit auch ungeeignet, Schulstrukturentscheidungen vor Ort zu begründen, wie dies in der Diskussion um Gesamtschulneugründungen und Schulentwicklungsplannungen versucht worden ist, also etwa Gesamtschulgründungen mit dem Argument zu verweigern, die Zahl der Schüler/innen mit Gymnasialempfehlung in der Anmeldepopulation sei zu gering, oder Schulen mit dem Argument zu kritisieren, unter den aufgenommenen Schüler/innen seien zu wenige mit Hauptschulempfehlung.

Neueste Entwicklung

Insbesondere die Fraktion der GRÜNEN im Landtag NRW hat sich die Bedenken gegen den prognostischen Wert der Schulformempfehlungen früh zu Eigen gemacht und im Januar 2010 ein Landtagshearing unter dem Titel „Staatliche Hellschere abschaffen“ organisiert. Nach dem Regierungswechsel in NRW war denn auch eine der ersten Initiativen von SPD und GRÜNEN eine Schulgesetznovelle, die die Verbindlichkeit der Schulformempfehlungen aufhebt.

Der Beschlussvorschlag für den Landtag NRW vom 07.07.2010, Drucksache 15/24, lautet:

„Die Grundschule erstellt mit dem Halbjahreszeugnis der Klasse 4 auf der Grundlage des Leistungsstands, der Lernentwicklung und der Fähigkeiten der Schülerin oder des Schülers eine zu begründende Empfehlung für die Schulform, die für die weitere schulische Förderung geeignet erscheint. Ist ein Kind nach Auffassung der Grundschule für eine weitere Schulform mit Einschränkungen geeignet, wird auch diese mit dem genannten Zusatz benannt. **Die Eltern entscheiden** nach Beratung durch die Grundschule über den weiteren Bildungsgang ihres Kindes in der Sekundarstufe I.“ (Hervorhebung – RD)

Aus fachlicher Sicht weist diese Initiative in die richtige Richtung – angesichts der komplizierten Mehrheitsverhältnisse in NRW wird sich zeigen, ob sie im Parlament auch eine Mehrheit findet.

Offen ist zudem, ob die Neuregelung einen Beitrag leisten kann zum erklärten Ziel längeren gemeinsamen Lernens.

„Wir weisen allerdings darauf hin, dass nach wie vor das gegliederte Schulwesen Ursache vieler Probleme der Grundschule und der Sekundarstufe bleibt. Erst wenn Kinder – wie in nahezu allen anderen zivilisierten Ländern dieser Erde – länger gemeinsam lernen können, werden auch die Schulen überall das anbieten können, womit jetzt noch die Nachhilfe-Institute werben: Erfolgreich lernen

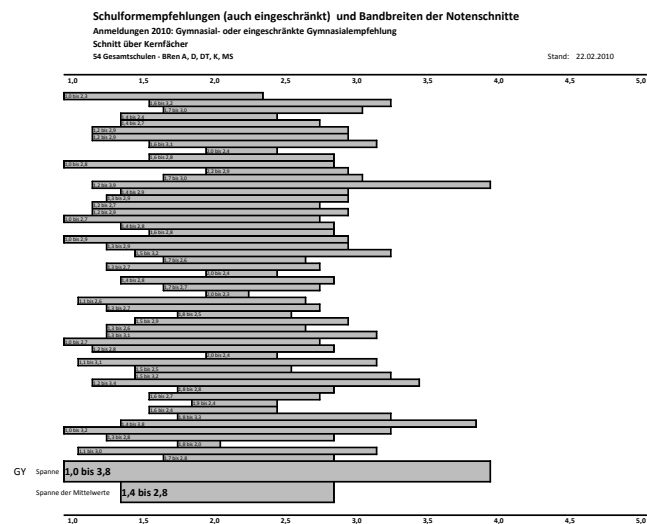
ohne Stress“ (Stellungnahme des GSV-NRW für die Anhörung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 27.01.2010 im Landtag NRW, S. 3).

Dem ist aus Gesamtschulsicht wenig hinzu-zufügen. ♦

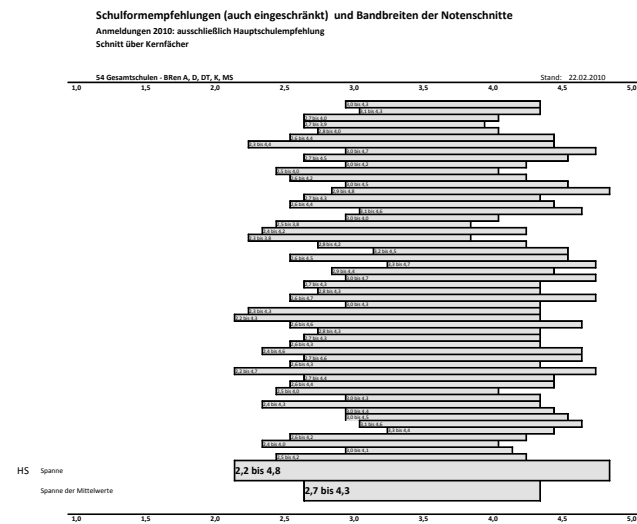
Neue Daten zur Fragwürdigkeit der Schulformempfehlungen der Grundschulen als Steuerungsinstrument für Schülerlaufbahnen und Schulentwicklungsplanung

Zusatzmaterialien

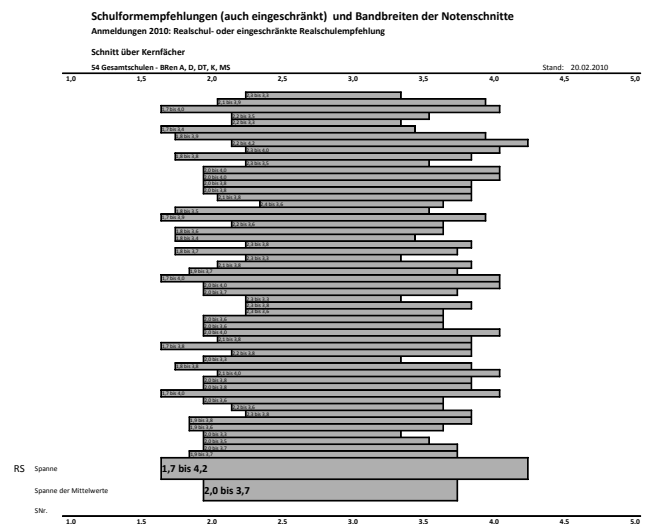
Anhang 1



Anhang 3



Anhang 2



Literatur (Auszüge)

Block, Rainer: Schulrecht vor Elternrecht? Essen, Januar 2006
 Grundschulverband NRW: „Staatlich verordnete Hellschere abschaffen“, Stellungnahme am 27.01.2010 im Landtag NRW
 Landtag NRW: Einführung der verbindlichen Schulformempfehlungen, Drucksache 14/1472 vom 28.03.2006
 Landtag NRW: Abschaffung der verbindlichen Schulformempfehlungen, Drucksache 15/24 vom 07.07.2010
 MSW NRW: Schul-Info NRW – Schuljahr 2008/09
 SLV-NRW – Gedahlhaus, R./Kerski, W./Naegele, D./Schäfers, G.: Abiturientinnen und Abiturienten an Gesamtschulen 2009
 SPD-Bürgerschaftsfraktion Hamburg: Pressemitteilung vom 08.01.2010
 Stenzel, Gökçen: Ministerium prüft Gesamtschule, Rheinische Post, 23.12.2009
 Uhlig, J./Solga, H./Schupp, J.: Ungleiche Bildungschancen: Welche Rolle spielen Underachievement und Persönlichkeitsstruktur?, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), April 2009

FRANK HILBIG UND HANS-PETER KIRSTEN-SCHMIDT

Die Zukunft gehört den Neuen

Die Vorbereitung neuer Führungskräfte auf die Rolle als Schulleiter hat sich der Landesverband Hessen vorgenommen und im Herbst 2009 ein Projekt gestartet. Hier ein Zwischenbericht nach etwa drei Viertel der Fortbildungsreihe

Anstoß und erste Ideen

Wir brauchen in den nächsten Jahren eine Vielzahl von neuen IGS-Schulleiter/innen – nicht nur, aber eben auch in Hessen. Seit sich immer mehr Schulleiter/innen der Pensionierungsgrenze nähern, sie gar schon überschritten haben, macht sich so manche/r Gedanken, ob ihre Erfahrungen für die Nachfolger hilfreich sein können. Stolpersteine der ersten Generation werden so zwar nicht völlig vermieden, sollten aber zumindest kleiner gestaltet werden können. Aus den informellen Gesprächen in Hessen entstand eine Bundesarbeitsgruppe, die an einer GGG-Konzeption arbeitet. Eine bald erreichte Erkenntnis war, dass konkrete Angebote nur in den Ländern durchzuführen sind, weil nur dort die doch unterschiedlichen Landesspezifika bearbeitet werden können. Vom Landesverband Hessen beauftragt, haben die Verfasser einige Rahmendaten für eine Pilot-Fortbildung entwickelt, die hier ansatzweise dargestellt werden:

- Es nehmen nur Gruppen aus Gesamtschulen teil, die aus dem Schulleiter/ Stellvertreter (genannt: Mentor) und mindestens einer, besser mehrerer Kolleg/innen (genannt: Clients) auf dem Weg zum Schulleiter bestehen.



- Die Teilnehmer/innen verpflichten sich ab einem gewissen Zeitpunkt, verbindlich an der Reihe teilzunehmen, die für etwas mehr als ein Jahr konzipiert war.
- Die Eigenverantwortung der Teilnehmer/innen wird nicht nur erwartet, sie wird eingefordert.
- Eine hohe Motivation wird bei den Teilnehmer/innen vorausgesetzt, so dass konkrete Forderungen wie z. B. zu erledigende Hausaufgaben zwischen den Sitzungen selbstverständlich sind.
- Das Programm wird einer breiteren IGS-Öffentlichkeit in einem Kick-Off vorgestellt, daraus bildet sich dann die eigentliche Gruppe.
- Geeignete Veranstaltungen innerhalb der Reihe werden IGS-öffentlich angeboten, damit das Vorhaben unter unseren Schülern transparent bleibt.
- Berücksichtigt wird, dass an einer IGS alle Lernende sind, die Vielfalt und Individualität akzeptieren und sie fördern.
- Die Teilnehmer/innen gehen selbstbewusst und reflektierend mit sich um.

Es hat sich als sehr hilfreich herausgestellt, dass sich die Verantwortlichen in jeder Phase auf die Unterstützung des Landesvorstandes und der Gruppe ASSE verlassen konnten und diese auch mehrfach in Anspruch nahmen.

Kick Off und Start

Das große Interesse an der ersten Veranstaltung überraschte, schließlich nahmen 13 Schulen mit insgesamt 45 KollegInnen daran teil. Da mehrere Teilgruppen in vertretbarer Größe zu betreuen waren, leisteten

Ulrich Steinbrink und Wilfried Hülsemann kurzfristig Unterstützung. Der Ansatz, nur Gruppen teilnehmen zu lassen, die aus Schulleiter und Kolleg/innen bestehen, fand nach einigem Nachdenken Zustimmung. Das von uns entworfene Programm wurde als Vorschlag skizziert, die Organisation (wechselnde Orte, Finanzierung, ...) vorgestellt. Inhaltlich entwickelte es sich weiter, die endgültige Themenfestlegung behielt sich eine Schulleiterrunde vor. Diese tagte zwei Wochen später und legte die Inhalte der Fortbildungen und den Terminplan endgültig fest. Dabei entschleunigte sie den Prozess, was sich im Nachhinein als förderlich herausstellte. Im Januar 2010 fand die erste Session statt. Wichtig zu erwähnen ist, dass wir parallel Kontakt mit dem Amt für Lehrerbildung und dem Kultusministerium aufnahmen, unser Vorhaben vorstellten und für die Zukunft mögliche Kooperationen erkannten.

Themen und Inhalte

In neun Veranstaltungen sind bisher folgende Themen bearbeitet worden:

- Selbstverständnis – Innere Haltung
- Professionelle Führung
- Analyse der eigenen Führungswirkung
- Prozesse mit Vertiefung Konferenzszenarien
- Schulentwicklung mit dem Schwerpunkt Personalentwicklung

Einen breiten Raum nahm und nimmt die Reflexion über die Wirkfaktoren eigenen Verhaltens ein. Die Teilnehmer/innen erarbeiteten sich ihre Glaubenssätze und Haltungen zu ihrem täglichen Umgang mit den Kollegen in ihrem System Schule und reflektierten den Zusammenhang zwischen ihrer Inneren Haltung und ihrem Führungsverhalten. Förderliche und hinderliche Glaubenssätze und Einstellungen für den Erfolg in einer Führungsaufgabe wurden im Austausch erkennbar. Über die Diskussion der Aspekte eines „guten IGS-Schulleiters“ und der Reflexion über die Aspekte der eigenen Erwartungen an diese Rolle wurde den Teilnehmer/innen die Qualität und Auswirkung

dieser Glaubenssätze deutlich. Das war auch für die Mentoren der Ort, sich der eigenen Glaubenssätze durch Niederschreiben bewusst zu werden und diese im Gespräch mit den Clients zu begründen und zu prüfen. Gleichzeitig erkannten die Kolleg/innen, dass die Übernahme einer neuen (anderen) Rolle auch immer die Aufgabe von vielleicht als attraktiv bewerteten Erlebnisoptionen der alten Rolle mit sich bringt.

So wurden dann die nächsten Themenkreise angegangen

- Um sich selbst bewusst in (Führungs-) Situationen zu erleben, die nicht so laufen wie gewünscht, die eigenen Deutungs-, Reaktionsmuster zu erleben und professionell zur Reflexion angeleitet zu werden, war Inhalt des Blockes „Sich selbst in der eigenen Führungswirkung erleben“. Durch den Partner *Pferd* erlebten die Teilnehmer/innen, dass und wie stark ihre Wirkung als Führungskraft von ihrer inneren Einstellung und Haltung abhängt. Sie variierten ihre Konzentration, ihre Fokussierung und ihren Emotionalzustand (verkrampft, ängstlich, gelassen, von sich überzeugt,



auf die Aufgabe konzentriert, genau den Weg wissend, den Mitarbeiter mitnehmend, etc.) und erlebten sofort und direkt die differenzierten Reaktionen des Gegenübers.

Das persönliche Erlebnis und der Erkenntnisgewinn wurden von allen Teilnehmer/innen als sehr intensiv bezeichnet. Einzelne gewannen im Nachhinein zu dieser Einheit Klarheit über den nächsten Schritt ihres weiteren Weges.

- Die Bedeutung der Konferenz in Schulentwicklungsprozessen wurde so-

wohl im „normalen“ Konferenzablauf mit der Betonung auf das Leitungs- / Führungsverhalten der/s Schulleiter/ in als auch in der besonderen Situation der Überlastung des Kollegiums betrachtet. Die nächsten Schritte der Schulentwicklung zu strukturieren und gleichzeitig für die Einzelnen überschaubar zu machen, bedarf guter Führung. Die (erfolgreiche) Anwendung der diskutierten Varianten durch einzelne Teilnehmer/innen im eigenen konkreten Kollegium zeigte die Praxisrelevanz der erarbeiteten Ergebnisse. Zusammen mit einer angemessenen inneren Haltung und dem Bewusstsein der zu erzielenden (Führungs-) Wirkung wurden sehr gute Ergebnisse in der Konferenz erreicht.

- Da das Personal einer Schule die wesentliche Ressource darstellt, um die Aufgaben von Schule erfüllen zu können, ist Personalentwicklung eine der wesentlichsten Führungsaufgaben auch und gerade von IGS-Schulleiter/innen. Fort- und Weiterbildung machen dabei den geringeren Teil aus. Die Teilnehmer/innen erkannten für sich, dass sie in der Leitungsebene den weitaus größten Einfluss darauf haben: ob, wie und wohin sich die einzelnen Kolleg/innen entwickeln – und zwar über ihr tägliches Handeln (und Nichthandeln), ihr ständiges Gespräch (oder Nichtgespräch) mit den Kolleg/innen. Dadurch nehmen sie Einfluss auf Motivation, Engagement und Identifikation der Kolleg/innen – und damit auf Einstellung und innere Haltung der Kolleg/innen und auf die Kultur des Gesamtsystems der eigenen Schule – und Entwicklung einer Schule findet genau darüber statt.

Insgesamt wurden schon jetzt der Erfolgsfaktor des Teamverständnisses in der Schulleitung und der dazu förderlichen inneren Haltungen deutlich diskutiert und gegen die erlebten Situationen reflektiert. Rollenveränderungen sind individuell erkennbar geworden.

Als weitere Themen sind geplant:

- Außendarstellung mit dem Schwerpunkt der persönlichen Wirkungsform
- Gesamtreflexion des eigenen Lernweges
- Evaluation der Veranstaltungsreihe
- persönlicher Ausblick und ggf. individuelle Beratung

Alle Themen und Inhalte wurden und werden immer vor den Folien des täglich erlebten realen Umfeldes diskutiert und der eigenen inneren Haltung reflektiert.

Lernmethoden

Von Anfang an war klar, diese Fortbildung nicht im Sinne von Vortrag, Erarbeiten von „Lösungen“, Vorstellen der Lösungsvarianten und Auswahl der „besten“ aufzusetzen; vielmehr sollte der Schwerpunkt auf analoge und zur Reflexion anregende Lernmethoden liegen, um die individuelle Konstruktion und die individuelle Auseinandersetzung des Einzelnen mit den Führungsaspekten an einer IGS zu fördern.

Dazu gehörten und gehören neben Beratungs- auch Reflexions-Gespräche, neben Plenums- auch Kleingruppen- und Paararbeit, neben Vortragdiskussion auch die Spiegelung des aktuell beobachteten Verhaltens des Einzelnen und der Gruppe, sowie die Auseinandersetzung darüber. Die Fähigkeit, Feedback geben und nehmen zu können, wurde intensiv gefördert und diente an vielen Stellen als Basis zur Selbst- und Fremdrelexion und der Beobachtung höherer Ordnung – sowohl des eigenen Verhaltens als auch der Reflexion darüber. Die Hausaufgaben fordern in besonderer Weise zur individuellen Auseinandersetzung auf und ergänzen so das Programm.

Bald definierten die Clients ihre Lerngruppe als vertraulichen und geschützten Lernraum, in den die Mentoren als Ratgeber und Reflektoren einbezogen wurden. Die so geschaffene vertrauensvolle Atmosphäre in der Gruppe und in den Mentorengesprächen machte eine tiefgehende Reflexion und einen intensiven Austausch erst möglich.

Zur Dokumentation des individuellen Weges benutzt die/der Einzelne ein Lernjournal, das sie/er nach eigenem Ermessen führt – ergänzt um Kommentare, Anmerkungen

oder Reflektionen anderer Lerngruppenmitglieder, der Trainer oder der Mentoren. Die Dokumentation der Arbeitsergebnisse der Gruppe erfolgte über vertrauliche Fotoprotokolle der einzelnen Sitzungen.

Abgerundet wurde der persönliche Entwicklungs- und Erkenntnisfortschritt durch individuelle Coachinggespräche, die den Einzelnen beim Verorten innerhalb seines Entscheidungsprozesses unterstützte.

Erkenntniswerte nach neuen Veranstaltungen

„Ich wünschte, ich hätte schon vor Jahren, bevor ich meine jetzige Rolle übernahm, diesen Lernprozess für mich in einer Fortbildung erlebt – ich hätte meine Rolle viel bewusster ausfüllen können!“

„Meine Rollenübernahme wird mir immer klarer – jetzt weiß ich auch, warum!“

„Ich weiß jetzt, welche Position in der Schulleitung ich als nächstes anstrebe!“

Das sind drei Feedbacks der Teilnehmer/innen nach den ersten Sitzungen. Sie zeigen, dass die Konzeption genau den Bedarf adressiert. Einstellung, Motivation und Erwartung der Teilnehmer/innen an die Fortbildung haben sich geändert: Von der Hoffnung, hier „Instrumente zu lernen“, hin zur Gewissheit, hier einen Reflexionsraum zu finden, in dem sie ihre eigene Haltung zu Führungsfragen prüfen und entwickeln können.

In der IGS-öffentlichen Sitzung waren wir gespannt auf die Wahrnehmung der Gäste. Dazu einige Äußerungen:

„Alle Teilnehmer verband eine starke Identifikation mit ihren Schulen bzw. dem System Gesamtschule, was das spontane Gemeinschaftsgefühl während des Tages deutlich positiv stärkte.“

„Mentoren und Clients konnten sich stets respektvoll, aber auf ‚einer Augenhöhe‘ begegnen.“

„Keinem Teilnehmer wurde eine Lösung ‚aufgedrängt‘, es wurden verschiedene Tipps und Hinweise zur eigenen Verwendung angeboten.“

Die Übernahme der Verantwortung für die eigene Entwicklung hat sich unterschiedlich stark entwickelt – einzelne nutzen die Chance des Mentorengesprächs intensiv aus, andere konzentrieren sich zunächst nur auf die Inhalte der Veranstaltungen. Insgesamt wird die Entwicklung aber „selbstbewusst“ wahrgenommen und vorangetrieben. Auch das Angebot eines zusätzlichen Termins zur Selbsterfahrung der eigenen Führungswirkung wurde sofort und gern angenommen, selbst wenn es bei einzelnen eine gewisse Überwindung erforderte. Rückmeldungen einzelner Schulleiter/innen zeigen, dass sich das wahrnehmbare Verhalten einzelner Teilnehmer/innen und die Arbeitsbeziehung zu ihnen im positiven Sinne deutlich entwickelt haben. Für die Mentoren sind Lerneffekte eingetreten, sowohl bezogen auf das Führen von Beratungsgesprächen, als auch durch die (von den Clients) geforderte Reflexion des eigenen Verhaltens in den Beratungsgesprächen. Beim Thema *Konferenz* wurden förderliches und hinderliches Moderations- und Leitungsverhalten so deutlich, dass sofortige Umsetzung erfolgen sollte. Dass dieses gelungen ist, konnte der „eingeweihte“ Client beobachten und rückmelden. Der Vernetzungsgedanke zwischen den Mentoren ist noch nicht so wesentlich zu Tage getreten – nicht zuletzt aufgrund der geringen Anzahl der Mentoren. Als wesentlicher Erfolgsfaktor hat sich bei den Trainern die Kombination von Feld-Erfahrung (langjährige Schulleitung), Fortbildungsknowhow (Dozent und Fortbildner im Schulleitungsumfeld) sowie Coaching- und Moderationsknowhow (wissenschaftlich ausgebildeter Coach und Moderator) erwiesen. Auf diese Fähigkeiten musste insbesondere in den ersten Sitzungen flexibel zugegriffen werden, um das Vertrauensniveau und

den Öffnungswinkel im Gruppenprozess in Gang zu bringen und kontinuierlich zu erhöhen.

Ausblick

Das Programm wurde von den Clients deutlich erweitert, so dass wir bis zum Ende des Schuljahres 2010/11 mit dieser Gruppe zwölf Fortbildungen (statt der geplanten neun!) durchgeführt haben werden. Davon war eine Veranstaltung eine zweitägige Klausur in der Reinhardswaldschule bei Kassel; eine andere war die außergewöhnliche Erfahrung der eigenen Führungswirkung, wobei die eigene Akzeptanz der Führung zur Selbstverständlichkeit reifen konnte. Zum Abschluss werden alle Teilnehmer/innen gefordert sein, den eigenen Lernweg zu reflektieren, um von dort einen persönlichen Ausblick auf den weiteren beruflichen Weg zu gewinnen. Vorgesehen ist damit das Angebot einer erneuten individueller Beratung, die nach Wunsch von den Mentoren und/oder den Trainern gegeben werden kann. Die Evaluation der Veranstaltungsreihe wird uns Aussagen über den Erfolg und Planungshinweise für weitere Projekte liefern. Die Kooperation mit anderen Anbietern sollte noch intensiver sein, um uns zu ergänzen. Wir verfolgen das Ziel, Schulleiter/innen besser auf die besonderen Bedingungen der Integrierten Gesamtschulen vorzubereiten. Sie sollten sich vorher nicht nur theoretisch und praktisch auf ihre Aufgabe vorbereitet haben, sondern sich intensiv mit ihrer Rolle als Führungskraft und mit sich selbst als Person auseinandergesetzt haben. Und genau das steht im Fokus unserer Fortbildungsreihe. Es wäre wünschenswert, dass diese Sichtweise eines Tages in unserem Beruf insgesamt etwas Selbstverständliches wird. Wenn wir da mit unserem Anfang einen Beitrag geleistet haben, hätten wir unser Ziel erreicht. ♦


AUS DEN LÄNDERN
BREMEN**40 Jahre Gesamtschule West**

Im Sommer 1970 wurde die erste stadtbremische Gesamtschule gegründet, die Gesamtschule West, eine integrierte Ganztags Gesamtschule, die im Arbeiterstadtteil Gröpelingen gelegen ist. Wurden noch im ersten Jahr die Schüler/innen der fünften Klassen in einer Grundschule und Mobilbauten untergebracht, so konnten bereits zum Schuljahr 71/72 einige Klassen den zügig vorangetriebenen Schulneubau beziehen. Die Schule wurde für 1.800 Schüler/innen konzipiert und bis 1977 fertiggestellt. Mitte der 90er Jahre stellte man hohe PCB- und Asbestbelastung fest, so dass man sich für einen Abriss und Neubau unter ökologischen und pädagogischen Gesichtspunkten entschied. Entstanden ist ein ansehnliches und schmuckes Schulgebäude, das zum Lernen und Verweilen in seinen Mauern geradezu einlädt, so dass eine Schlagzeile der Schule lauten kann: „GSW-Schüler haben Lust auf ihre Schule“. Damit ist natürlich nicht nur das baulich gelungene Gebäude gemeint, sondern vor allem auch das pädagogische Konzept, das die GSW ausmacht. Kinder aller Begabungen und vieler Kulturen besuchen die Jahrgänge 5-10 die jeweils zu 4 Klassen auf einer Jahrgangsebene zusammengefasst sind. Jedes einzelne Kind wird in seinen Stärken und Schwächen an die eigene Leistungsgrenze geführt; vielfältige Lernmethoden, individuelle Lernzeiten, Arbeit im Team, Referate und Präsentationen sind wichtige Bausteine für den schulischen Erfolg. In der Regel verlässt niemand die Schule ohne einen Abschluss. Auch die Quote der Schüler, die in die gymnasiale Oberstufe, in das berufliche Gymnasium oder die Fachoberschule wechseln, ist beachtlich hoch und belegt die erfolgreiche Arbeit. Als Stufenschule (Sekundarstufe I) arbeitet die GSW eng und produktiv mit dem SEK II- Zentrum ‚Rübekamp‘ zusammen. Die jährlichen Anwahlzahlen für den

5. Jahrgang (ca. 200 für 110 Plätze) zeugen von der großen Beliebtheit dieser Schule.

Die Gründung der GSW (1970) fiel in die Zeit der Diskussion um die Reform und Demokratisierung der Schule, die schon vor 1968 begonnen hatte. Im Mittelpunkt stand dabei die Forderung nach der „Gesamtschule als demokratischer Leistungsschule“ (Prof. Klafki in der ‚Bremer Lehrerzeitung‘ 4/1968). In eben diesem Jahr (1970) wurde der „Strukturplan des deutschen Bildungsrats“ veröffentlicht, der eine Neuorientierung des Schulwesens vorsah, nämlich eine integrierte Stufenschule mit der Primarstufe (1-4), der Sekundarstufe I (5-10) und der Sekundarstufe II (11-13). Ebenfalls sollte die Lernplanung (Curriculumentwicklung; z. B. Hessische Rahmenrichtlinien) auf völlig neue Füße gestellt werden. 1971 wurde der Bremer Schulentwicklungsplan mit der Gründung der GSW, bald darauf mit dem Aufbau der Gesamtschule Ost und dem Schulverbund Lesum als Regionalschulen realisiert.

Bremerhaven besaß bereits (seit 1969) mit der Heinrich-Heine-Gesamtschule gute Voraussetzungen für die Einführung der Stufenschule. Das bremische Schulgesetz von 1975 sah ein sich schrittweise entwickelndes, integriertes Gesamtsystem vor. Die ganze Entwicklung dauerte einschließlich der Neugliederung der SEK II bis 1985. Dieses Stufensystem war als Vorstufe zur Integrierten Gesamtschule gedacht gewesen, was aber, wie man weiß, nicht weiter verfolgt wurde, da sich Bremen in eine Sonderrolle manövriert hatte, denn der Anspruch, das dreigliedrige zu einem integrierten System zu formen, wurde bundesweit aufgegeben. Stattdessen entstand in Bremen ein labiles Gleichgewicht von Schulformen: neben den Schulzentren mit Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialabteilung und den bestehenden drei Gesamtschulen kam ein privates ökumenisches Gymnasium hinzu. Daneben existieren Privatschulen der evangelischen und der katholischen Kirche.

Die ‚Eine Schule für alle‘ ist in weite Ferne gerückt, Oberschule und Gymnasium bestimmen heute das Bild der Schullandschaft. Die Gesamtschule West, in der heutigen Sprachregelung der Behörde „Oberschule West“ genannt, hat in den vergangenen 40 Jahren das Gleichgewicht nie verloren und steht heute fester denn je auf stabilem Grund.

KARLHEINZ KOKE

NIEDERSACHSEN

Mit einem großen öffentlichen Auftritt hat Kultusminister Althusmann am 26.10.2010 in Hannover seine Vorstellungen für eine künftige Schulstruktur in Niedersachsen präsentiert. Im Kern will er die Haupt- und Realschulen zu Oberschulen zusammenfassen und sie eventuell um ein gymnasiales Angebot erweitern. Die hohen Hürden für die Neugründung von Integrierten Gesamtschulen (die Elternbefragungen müssen für 14 Jahre eine Fünfzügigkeit ergeben) hat er nicht beseitigt. Dies war im Vorfeld erwartet worden. Für die GGG Niedersachsen sind diese Vorschläge mehr als enttäuschend. Mit „Viel Lärm um nichts“ könnte man sie bezeichnen. Da die Gesamtschulen in Niedersachsen erheblichen Zulauf von den Eltern haben (2009 und 2010 gab es 32 Neugründungen, 2011 werden weitere 10 bis 15 Neugründungen erwartet), ist zu befürchten, dass die neue Oberschule als Gegenmodell zur Gesamtschule gedacht ist, zumal sie schon als zweizügige Schule genehmigungsfähig ist. Über das organisatorische Gefüge der Oberschule ist bisher wenig bekannt. Um sie einzuführen, muss das Schulgesetz verändert werden, und das ist ein langwieriger Prozess. Von den Oppositionsparteien und den Lehrerverbänden werden die Vorschläge aus dem MK abgelehnt. Der im Vorfeld in Niedersachsen diskutierte überparteiliche Schulkompromiss über die nächsten Legislaturperioden hinaus ist mit diesem Konzept nicht erreichbar. Im Prinzip stellt die Oberschule keine neue Schulform dar. Zusammengelegte Haupt- und Realschulen mit einer Schulleitung und einem Lehrerkollegium und einem erheblichen Anteil an integriertem Unter-

richt gibt es bereits seit Jahren. Je stärker die Hauptschulen geschrumpft sind, um so mehr dieser Schulen haben sich gebildet. Ergänzt man die zusammengelegte Haupt- und Realschule um ein gymnasiales Angebot, hat man das Modell der *Kooperativen Gesamtschule*. Auch hier sind also keine neuen Ideen erkennbar. Es ist zu vermuten, dass der Begriff *Oberschule* dazu herhalten muss, dass man die Bezeichnung *Gesamtschule* vermeiden kann. Dazu passt dann die Idee, dass Kooperative Gesamtschulen sich in *Oberschulen* umwandeln können.

Die GGG Niedersachsen wird auf dieses Täuschungsmanöver nicht eingehen. Gesamtschule bleibt Gesamtschule. In Niedersachsen ist die Gesamtschule eine bei Eltern und Schülern sehr beliebte und anerkannte Schulform. Das zeigen die hohen Anmeldezahlen. An den 56 Integrierten Gesamtschulen gab es 2010 12.000 Anmeldungen für 8.500 Plätze, d.h. 30 % der Anmeldungen mussten abgewiesen werden. Die Fünfüzigkeit als Gründungsvoraussetzung muss fallen. Mit den vierzügigen Integrierten Gesamtschulen, die in den 90er Jahren entstanden sind, hat Niedersachsen ein Schulmodell, das gerade bei rückgängigen Schülerzahlen ein vollständiges Bildungsangebot vor Ort sichert. Oberschulen braucht das Land nicht. Die Eltern in vielen Regionen, die keine Gesamtschulanmeldung für ihre Kinder vornehmen können, weil es ein Gesamtschulangebot nicht gibt, erwarten, dass das Kultusministerium sich in der Frage der Zügigkeit bewegt. Auch im Kultusministerium ist bekannt, dass im Herbst 2011 Kommunalwahlen sind und dass die Bildungspolitik in diesem Wahlkampf eine große Rolle spielen wird.

GERD HILDEBRANDT

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Schulgesetzänderungen

Die geplanten Änderungen des Schulgesetzes bewegt die bildungspolitisch Interessierten immer noch. Die abschließende 2. Lesung ist für den Januar oder Februar geplant. Inzwischen hat der Landeselternbeirat der Gemeinschaftsschulen eine Initiative geplant,

mit dem Ziel, einen Volksentscheid herbeizuführen. Der Landesverband wird diese Initiative vorbehaltlos unterstützen.

Volksinitiative gegen geplantes Schulgesetz

„Mit einer Volksinitiative kämpfen Eltern aus Schleswig-Holstein gegen das von Schwarz-Gelb geplante Schulgesetz. Auch ein Volksbegehren mit anschließendem Volksentscheid steht im Raum. Bildungsminister Ekkehard Klug (FDP) verteidigte seine Pläne.

Das Schulgesetz ist im Norden heftig umstritten. Erst 2007 hatte die große Koalition von CDU und SPD das Schulsystem reformiert. Sie wandelte Haupt- und Realschulen in Regionalschulen um, führte Gemeinschaftsschulen und das Abitur nach acht Jahren ein (G8). Nun plant Klug, dass Gymnasien selbst entscheiden können, ob sie G8 oder das Abi nach neun Jahren anbieten. Außerdem will er die neuen Gemeinschafts- und Regionalschulen einander annähern, um sie auf mittlere Sicht zusammenzufassen. Kritiker sehen darin eine Schwächung der Gemeinschaftsschulen. Die Gründer der Volksinitiative werfen Schwarz-Gelb Beliebigkeit vor. Die Koalition würde zum dreigliedrigen Schulsystem zurückkehren und das längere gemeinsame Lernen erschweren, sagte Benita von Brackel-Schmidt. Die Initiative fordert vor allem Verlässlichkeit und will erreichen, dass bis 2013 alles so bleibt wie es ist. Dann hätten die ersten Schüler die neuen Schulformen bis zum zehnten Jahrgang durchlaufen und man könne die Erfahrungen bewerten, sagte Hirt.

Klug kritisierte die Aktion. Die Änderung sei notwendig, um die größten Geburtsfehler des Schulgesetzes von 2007 zu beheben. Nach Ansicht des Ministers führt sie mittelfristig zu einem zweigliedrigen Schulsystem im Norden. Ähnlich äußerte sich die CDU-Landtagsfraktion.

Die Opposition im Landtag erneuerte ihre Kritik am Schulgesetz. SPD-Bildungsexperte Henning Höppner nannte die Pläne rückwärtsgewandt. Auch die Linke unterstützt die Eltern. Grünen-Landeschefin Eka von Kalben erklärte: „Wir brauchen einen Schulfrieden jetzt.“ Der SSW verlangte von der Koalition, die nur mit einer Stimme mehr

regiert, sich auf Änderungen zu beschränken, die eine breite parlamentarische Mehrheit bekommen könnten.“

(aus: Kieler Nachrichten vom 21.10. 2010)

Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte an den Schulen

Neben den angekündigten Stellenstreichungen, die weit über das verständliche Maß bei zurückgehenden Schülerzahlen hinausgehen, sorgt die schwarzgelbe Regierung in Kiel durch die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für immer mehr Unruhe an den Schulen. Die ehemaligen Gesamtschulen trifft es besonders hart. Statt wie bisher 25,5 Stunden müssen sie jetzt 27 Stunden unterrichten – bei Einsatz in der Oberstufe statt 24,5 jetzt 25,5. Die Regelung, dass an allen Gemeinschaftsschulen und Regionalschulen Lehrkräfte aller Schularten 26 Stunden unterrichten sollen, ist gestrichen. Damit wird natürlich verhindert, dass sich Lehrkräfte mit gymnasialer Lehrbefähigung an den neuen Gemeinschaftsschulen für eine Stelle bewerben – es ist ja auch das Ziel, keine neuen Oberstufen zu genehmigen (den „alten“ Gesamtschulen hat man Bestandschutz gegeben!)

Die Umwandlung der Schullandschaft in ein zweigliedriges System

Inzwischen gibt es nur noch auslaufende Realschulzweige und Hauptschulzweige mit etwa 50.000 Schüler/innen. Die ehemaligen Gesamtschulen, Realschulen und Hauptschulen sind ausnahmslos in Regionalschulen und Gemeinschaftsschulen umgewandelt worden. Die Regionalschulen (entspricht etwa Haupt- / Realschulen) werden eher schlecht angenommen, an den meisten Standorten erreichen sie kaum oder knapp die Mindestgrößen (45 pro Jahrgang). Die Gemeinschaftsschulen dagegen werden von der überwiegenden Zahl der Eltern, sofern sie nicht das Gymnasium bevorzugen, als Schule der ersten Wahl bezeichnet.

134 Gemeinschaftsschulen (darin enthalten sind die bisherigen Gesamtschulen, die alle- samt als Gemeinschaftsschulen weiterarbeiten; 66 Regionalschulen; 94 Gymnasien.

KLAUS MANGOLD

Carl-Heinz Evers

Carl-Heinz Evers starb am 13.08.2010 im Alter von 88 Jahren in Berlin. Er war zusammen mit Ludwig von Friedeburg der profilierteste Bildungspolitiker im Nachkriegsdeutschland. Er vereinte die Eigenschaften des Theoretikers, des Strategen und des Praktikers.

Der Nationalsozialismus und der 2. Weltkrieg bewegten Evers zu einer sozialistischen Politik in christlicher Verantwortung – zunächst in Halle und nach seiner Flucht 1949 in Westberlin. Seine Aufgeschlossenheit für den Einheitsschulgedanken und für die Reformpädagogik lassen ihn zum Bildungspolitiker werden. 1957 wurde Evers leitender Bezirksschulrat, 1959 Landesschulrat und 1963 bis 1970 Schulsenator in Westberlin.

Als Theoretiker entwickelte Evers die Idee einer differenzierten Gesamtschule. Er setzt sie 1964 über die Bildungspolitische Kommission in den „Bildungspolitischen Leitsätzen“ des SPD-Parteivorstandes durch.

Das weitgehend von Evers konzipierte *Modell für ein demokratisches Bildungswesen* der SPD von 1969 ist das bis heute umfassendste Bildungsstrukturkonzept; vom SPD-Parteivorstand wurde es nur als Diskussionsentwurf veröffentlicht. In ihm werden Chancengleichheit und Integration zum Prinzip aller Stufen des Bildungswesens:

- der Kindergarten wird zu einer Stufe des Bildungswesens. Er soll ausgebaut, pädagogisiert, qualifiziert und kostenfrei werden.
- An die Gesamtschule als Mittelstufe soll eine Gesamtoberstufe mit der Integration von allgemein- und berufsbildenden Schulen anschließen. Sie soll differenziert und flexibel sein und das Jahrgangssystem zugunsten von Wahlpflichtkursen auflösen. Der Abschluss jedes berufsbezogenen Bildungsganges soll zur Studienberechtigung führen.
- Auf der Gesamtoberstufe soll eine gestufte Gesamthochschule durch Integration der wissenschaftlichen, der Kunst- und Musikhochschulen und der höheren Fachschulen aufbauen. Das Studium soll sich in Grund-, Fach- und Aufbaustudium mit je eigenem Abschluss gliedern.

Evers wollte auch die verwaltete Schule reformieren. Schon 1962 sprach er sich für mehr Schulautonomie und für eine Trennung von Schulaufsicht und Schulberatung – die das 1965 gegründete *Pädagogische Zentrum* übernehmen sollte – aus. Evers verband zudem äußere und innere Schulreform. Schon 1960 wurde von ihm eine Curriculum-Reform angestoßen. 1968 wurde sie in Form von Rahmenplänen in Westberlin in Kraft gesetzt. Evers war zugleich Strategie und Taktiker. Da der Name *Einheitsschule* für eine gemeinsame Schule für alle durch einen erbitterten und erfolgreichen Wahlkampf gegen die Berliner Einheitsschule in Westberlin „verbrannt“ war, führte Evers den Begriff *Gesamtschule* ein.



Taktisch nutzte Evers die 100. KMK-Sitzung in Berlin und das Profilierungsinteresse des KMK-Präsidenten und NRW-Kultusministers Mikat (CDU) für eine *Berliner Erklärung*. Sie sprach von neuen Impulsen der deutschen Kulturpolitik durch Europa und nahm deren höhere Durchlässigkeit und horizontale Schulorganisation zur Kenntnis.

Die größte Wirkung erzielte Evers als Praktiker. Die ersten Gesamtschulen 1968 in Berlin führten zur ersten Gründungswelle von Gesamtschulen in Westdeutschland.

Nach einer Krankheit trat Evers schon 1970 wegen politischer Isolierung und geringeren Handlungsspielräumen im Senat zurück. Der Amtsverzicht war für die Gesamtschulbewegung in Berlin und im Bundesgebiet ein großer Verlust.

Evers blieb aber bildungs- und allgemeinpolitisch aktiv. 1972 wurde er GGG-Bundesvorsitzender mit dem Ziel, die Gesamtschulbewegung durch eine eigene Gesellschaft zu stabilisieren. Die bisher stärker honoratiorengeprägte GGG wurde zu einem hierarchisch flacheren Mitgliederverband mit Lehrern, Eltern, Schülern und Kommunen sowie mit Landesverbänden bundesweit. 1974 trat Evers überraschend nicht mehr als Vorsitzender an.

Evers war nicht nur Bildungspolitiker. Sein gesellschaftspolitisches Engagement ging weit darüber hinaus. 1961 bis 1963 unterstützte er die Politik des „Wandels durch Annäherung“ von Willy Brandt und Egon Bahr, war 1970 bis 1973 Mitglied des Parteivorstandes der SPD, opponierte gegen die Berufsverbote, beteiligte sich an der Friedensbewegung gegen die Nachrüstung und war 1986 bis 1988 Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte in West-Berlin. Wegen der Grundgesetzänderung zum Asylrecht trat er aus der SPD aus, aber auch wegen deren Zustimmung zu „Elite-Klassen“ innerhalb der sechsjährigen Grundschule in der Berliner SPD-CDU-Regierung.

Evers ist seinen bildungs- und seinen übrigen politischen Überzeugungen stets treu geblieben. So wurde er für viele in der Gesamtschulbewegung zum Vorbild. Ich selbst hatte die Freude, mit Evers im Schulpolitischen Ausschuss der SPD, im Pädagogischen Zentrum Berlin und in der Senatsverwaltung für Schulwesen sowie dann im GGG-Bundesvorstand zusammenarbeiten zu können.

JOACHIM LOHMANN

Hartmut von Hentig

Am 23. September 2010 wurde Hartmut von Hentig 85 Jahre alt

Er hat, so sagt er von sich selbst, in seinem Leben drei Berufe ausgeübt: Am liebsten den des Lehrers – am Birklehof, am Uhlandgymnasium in Tübingen und an den von ihm gegründeten Schulprojekten, dem Oberstufenkolleg und der Laborschule in Bielefeld; sodann den des Professors in Göttingen und Bielefeld; schließlich den des Reformers. Er und andere haben „der Pädagogik... den Bruch mit der Tradition zugetraut“, waren eher „Revolutionäre als Reformer“ – und haben dennoch „allenfalls eine Beunruhigung des Systems“ erreicht (HvH 2006, S. 75ff). Diese Beunruhigung unseres Systems durch Hartmut von Hentig jedoch hatte Folgen, die wirksam waren, sind und bleiben, auch wenn beispielsweise seine beiden Schulprojekte allenfalls Modelle für die Schule der Zukunft und nicht Regelschulen geworden sind.

Er ist bereits bekannt als einer, der das System *Schule in Deutschland* kritisch betrachtete, zunehmend anklagte und ‚eine Schule für alle‘ begründete, als er 1966 in den Bildungsrat berufen wurde. Hier arbeitete er Empfehlungen für Gesamtschul-Versuche aus und stellte „Allgemeine Lernziele“ auf, die bis heute uneingelöste Forderungen an die Pädagogik stellen. Seit nun bald 50 Jahren steht er für eine Schule, in der alle Kinder und Jugendlichen während eines ganzen Tages an einem guten, für sie gestalteten Ort zum Aufwachsen leben und lernen – einen einheitlich gedachten Bildungsgang vorfinden, der sie begleitet vom (frühen) ersten Schultag bis zum Ende der Pflichtschulzeit darauf aufbauend beruflichen und akademi-

schen „Kollegs“ – ermutigt werden, in ihrer Zeit ihr Höchstmögliches leisten zu dürfen ohne jegliche Aussonderung, verordnete Vergleiche, äußere Leistungsdifferenzierung, verstörende Beschämungen – Politik lernen. Immer mehr Gesamtschulen, nun auch Gemeinschaftsschulen, entwickeln sich in die von ihm gewiesene Richtung.

Hartmut von Hentig hat uns nach wie vor viel zu sagen, weist Richtungen, fordert ein, klagt an, bisweilen zornig, hält dem System den Spiegel vor, gibt sich nicht zufrieden, zieht sich nicht zurück: Noch ist sein Wirken nicht abgeschlossen. Seine Einsichten und Forderungen für eine bessere Pädagogik in einer aufgeklärten, humanen Gesellschaft sind bis heute uneingeholt – uneingeholt in der verändernden Gestaltung von Schule, uneingeholt in der Forderung nach gelebter Politik als geteilter Verantwortung für friedliches Zusammenleben, uneingeholt in seinem Modell der Lehrerforschung, uneingeholt in seinen erkenntnistheoretischen Grundlegungen pädagogischer Wissenschaft. Er ist und bleibt ein ‚zeitgemäßer Klassiker der Pädagogik‘.

SUSANNE THURN

Literatur

Hartmut von Hentig: *Bewährung. Von der nützlichen Erfahrung, nützlich zu sein*. Carl Hanser Verlag, München/Wien, 2006.

Susanne Thurn: *Hartmut von Hentig*. In: Zierer, Klaus / Saalfrank, Wolf-Thorsten (Hrsg.) *Zeitgemäße Klassiker der Pädagogik. Leben – Werk – Wirken*, Ferdinand Schöningh, Paderborn, 2010 (S. 258–273).

Seminare in Europa mit Forum Eltern und Schule Weiterbildungseinrichtung der GGG NRW

- Europäisches Seminar: Individualisiertes Lernen in schwedischen Schulen
08. bis 14. Mai 2011 in Helsingborg und Malmö
- Europäisches Seminar: Umgang mit Heterogenität in integrierten Schulen in Nordirland – auf dem Weg die soziale Spaltung zu überwinden
08. bis 14. Mai 2011 in Belfast und Umgebung

Für die Teilnahme kann Förderung durch die Europäische Union beantragt werden, die bis zu 90 % der Kosten abdeckt. Weitere Informationen unter: www.w-f-sch.de/Europaseminare oder per E-Mail an: europaseminare@w-f-sch.de oder telefonisch unter 0231 - 148011

TERMINE

13. bis 14.01.2011

GGG-Bund
Bundesvorstandssitzung
Hildesheim

14.01.2011

GGG-Bund
Vorbereitungsgruppe Bundeskongress
Hildesheim

22.02.2011

GGG-Bund
Redaktionsbeirat GGG-Journal
Bremen

22. bis 26.02.2011

didacta-Bildungsmesse
Stuttgart

26.02.2011

GGG-Bund
Initiative LGL
Hannover

05.03.2011

GGG-Hessen
Gesamtschultag
Helene-Lange-Schule, Wiesbaden

05.03.2011

GGG-Bund
Revision
Stedesdorf

01. bis 02.04.2011

GGG-Bund
Bundesvorstand und Hauptausschuss
Hannover

09.04.2011

GGG-MV
Gesamtschultag Mecklenburg-
Vorpommern
IGS „Vier Tore“ Neubrandenburg

30.6. bis 01.07.2011

GGG-Bund
Bundesvorstandssitzung
Stedesdorf

24.08.2011

GGG-Bund
Bundesvorstandssitzung
Bremen

16. bis 18.09.2011

GGG-Bund
32. Bundeskongress
Robert-Bosch-Gesamtschule,
Hildesheim

KOMMENTAR



Fragwürdige Schulempfehlung

Nach der Grundschule wird es ungerecht – wirklich erst danach?

Mit der ersten bundesweit repräsentativen Studie zum Übergang nach der Grundschule belegen Jürgen Baumert und sein Team, dass das Ende der Grundschulzeit den Beginn der sozialen Auslese markiert. Jedoch werden nicht erst am Ende der Grundschulzeit Weichen gestellt, denn Eltern steuern weit vor der Einschulung den Bildungsweg ihres Kindes. Nach der Wahl des richtigen Kindergartens bewegt sie die Wahl der richtigen Grundschule. Die Chance von Schüler/innen bevorzugter Grundschulen, in weiterführenden Schulen angenommen zu werden (in der Regel in Gymnasien), lenkt Einschulungskinder an privilegierte Grundschulstandorte. Der erste Ausleseschritt erfolgt vor der Schulzeit.

Die Selektion am Ende der vierten Klasse in verschiedenwertige Schulformen ist der zweite Schritt. Je nach gewählter oder zugewiesener Schulform verlaufen die Leistungskurven der Schüler/innen extrem unterschiedlich. Während Gymnasiasten in den Fächern Mathematik und Englisch kräftig dazulernen, verweilen Hauptschüler auf einem geringen Wissensniveau. Das gegliederte Schulsystem fördert eben nicht alle Schüler/innen gleich gut.

Die Debatte um Strukturveränderung führt nicht aus dem Dilemma, denn die Konstellationen in den Bundesländern sind vielfältig und die Länder entwerfen wechselseitig

ihre landesspezifischen Wege. Der Bildungsföderalismus verhindert eine gemeinsame Orientierung, die das Bildungswesen in die Zukunft steuern könnte. Es bräuchte Konsens darüber, dass die Entwicklung zu einem inklusiven Bildungssystem die richtige Richtung ist.

Zurzeit haben wir ein Reformstückwerk ohne verlässliche politische und damit pädagogische Orientierung. Die Sekundarstufe I wird in verschiedener Weise umgebaut. Zehn Bundesländer setzen zwischenzeitlich auf Zweigliedrigkeit und fassen neben dem Gymnasium in einer zweiten Säule die bisherigen Bildungsgänge zusammen. Sie nennen diese Säule Stadtteilschule (HH), Mittelschule (S), Oberschule (HB), Sekundarschule (B), Realschule Plus (RP) und Regelschule (TH). Die Gesamtschulen haben darin ihren Platz oder gehen in der zweiten Säule auf. Eigenständige Hauptschulen wird es bald nur noch in fünf westdeutschen Flächenländern geben. Mit der Umgestaltung in die Zweigliedrigkeit lenkt man von der Debatte um die Wirksamkeit des gemeinsamen Lernens ab. Aus „drei mach zwei“ und das Verteilen in frühem Alter geht weiter. Stärkung erfahren die Gymnasien, denn beim Wettlauf um Schüler/innen ist die zweite Säule eben auch zweite Wahl. Das Gymnasium wird konstant gut angewählt, da Eltern sich konservativ und misstrauisch gegenüber fundamentalen Veränderungen verhalten.

Zwölf bis dreizehn Jahre dauert die Schulzeit, für die Grundschule bleibt es bei vier Jahren. Sie bildet die Grundstufe und ist die einzige Gemeinschaftsschule. Sie soll den Kindern eine gute Basis für lebenslanges Lernen vermitteln und muss gleichzeitig Startrampe für das gegliederte System der Sekundarstufe I sein. Spätestens in der 4. Klasse baut sich Druck auf: für die Kinder wegen der Gymnasialempfehlung, für die Eltern angesichts der Schulwahl, für die Lehrer/innen aufgrund der Erwartungshaltung der Eltern. Dem geschuldet gibt es eine Fülle von Selektionsmechanismen, welche die Entscheidung (im Süden) und die Empfehlung (im Norden) so leiten, dass die Kopplung von Herkunft und Bildungsweg in Deutschland so ungerecht ausfällt.

Worum es eigentlich gehen müsste, ist die Anschlussfähigkeit zwischen der Grundschule und der Sekundarstufe, Anschlussfähigkeit für die Kinder und ihr Lernen, mit Blick auf Lernorganisation, aufbauende Lerninhalte und Lernmethoden. Schulempfehlung, Noten und Aufnahmeprüfungen dominieren jedoch das Geschehen und verhindern dennoch nicht die hohe Anzahl falscher Entscheidungen. Insbesondere Kinder aus benachteiligten Familienverhältnissen sind am Ende der Grundschule noch nicht „bereit“ für die Auslese. Sie brauchen mehr Zeit und Unterstützung. Dies kann im Lernumfeld einer gemeinsamen Schule in der Sekundarstufe I wirksamer geleistet werden.

MARESI LASSEK